

NACHHALTIG **PARITÄTISCH**





Editorial	3
Schwerpunkt: Nachhaltigkeit	
Klimaschutz Paritätischer fordert sozial-ökologische Wende/ Auf die Straße für das Klima!	4
Wo die Stromzwerge wohnen	6
Nachhaltig Nachbarschaftlich	8
Dorf Gemeinschaft Münzinghof	
ökologisch – fair – lebenswert	10
Karikatur	11
Süß und Paritätisch: Honig aus eigener Produktion	12
Drei Fragen an Dominik Hohnsbehn, pro familia Schleswig-Holstein	13
#Bikeygees e.V.: Auf zwei Rädern zu mehr Gleichberechtigung	14
Green Jobs	
Vielfalt und Breite nachhaltiger Arbeitswelt	16
Nachhaltig bauen in Bremen	17
Drei Fragen an Eva Liedtjens, Coach e.V.	18
Drei Fragen an Eva Kneißl, Umweltstation Jugendfarm Erlangen e.V.	19
Zwischen Vulnerabilität und Adaptation Migration im Kontext von Umweltveränderungen	20

Sozialpolitik	
Paritätischer stellt Expertise zum Bildungs- und Teilhabepaket vor	21
Presseschau	22
20 Jahre Insolvenzverfahren – ein Rück- und Ausblick	
Buchbesprechung	24
Pflegepolitik	25

Verbandsrundschau	
Rosenbrock unterwegs/30 Jahre Verbandsgrundsätze	26
Parität*innen auf der Straße	27
Beschlossen im Verbandsrat!	30
Vermischtes	31
Veranstaltungsrückblick	32
Einkaufsvorteile nutzen!/Einkaufsbeutel gewinnen!	34
#GleichImNetz / Bildnachweise / Impressum	35

Nicht nur gedruckt
sondern auch unter
[facebook.com/paritaet](https://www.facebook.com/paritaet)
bei Twitter unter @paritaet
bei Instagram als paritaet



Dieses Magazin kann als barrierefreie pdf-Datei im Internet heruntergeladen werden:
www.paritaet.org

Professor Dr.
Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands



Liebe Leser*innen,

der Klimaschutz und die Diskussion um (inter-)nationale Maßnahmen gegen die Erderwärmung und für die Abmilderung der Folgen des Klimawandels prägen den öffentlichen Diskurs wie nie zuvor. Damit die Klimapolitik nicht zur Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft führt, müssen in der Debatte um die richtigen politischen Schritte verteilungspolitische und soziale Aspekte eine entscheidende Rolle spielen. Sei es im Bereich des Verkehrs, des Wohnens, der Energiepreise oder der Beschäftigung. Klimapolitik ist notwendig, aber sie muss sozial fair sein.

Der Paritätische wird sich fortan aktiv in die Klimapolitik einbringen und setzt sich für eine Transformation der Gesellschaft ein, welche ökologische und soziale Nachhaltigkeit vereint. Ökologisch mit gutem Gewissen zu leben, darf nicht nur dem oberen reichen Fünftel der Gesellschaft vorbehalten sein. Eine sozial-ökologische Klimapolitik muss alle Menschen miteinbeziehen und keine Regierung darf das Soziale gegen Klimaschutz ausspielen. Bisher zeigt sich eine Ungleichheit zwischen Arm und Reich, wenn es um die Verursachung von CO₂-Emissionen und das Auffangen der Folgen des Klimawandels geht. Eine Studie von Oxfam hat ergeben, dass die weltweit ärmere Hälfte der Bevölkerung für nur 10 Prozent des weltweiten Aus-

stoßes an klimaschädlichen Emissionen verantwortlich ist, während dem reichsten Zehntel der Bevölkerung die Hälfte des Ausstoßes an Treibhausgasen zuzuschreiben ist. Zwar produzieren insbesondere Schwellenländer Treibhausgase, was jedoch größtenteils der Produktion von Waren für wohlhabendere Staaten dient. Die verheerenden Folgen des Klimawandels bekommen ärmere Nationen gleichwohl härter zu spüren, indem ihnen Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren notwendige Existenzgrundlagen nehmen.

Hierzulande ist nach einer Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes Ähnliches feststellbar: Obwohl sich Menschen mit geringen Einkommen selbst als wenig umweltbewusst einschätzen, verursachen sie einen nur geringen Ausstoß an CO₂-Emissionen. Anders hingegen einkommensstärkere Haushalte, die sich zwar energiesparende Haushaltsgeräte oder regionale Bio-Produkte leisten können, aufgrund von Flugreisen, größeren Wohnungen und größeren Pkws, aber einen wesentlich höheren CO₂-Ausstoß haben als einkommensschwächere Haushalte.

So wie die Politik aufgefordert ist, endlich zielgerichtete und wirksame Maßnahmen für eine sozial-ökologische Klimapolitik zu ergreifen, ebenso ist der einzelne Verbraucher gefragt, sein

bisheriges Konsumverhalten kritisch zu hinterfragen. Wir müssen auch das eigene umwelt- und sozialpolitische Problembewusstsein erhöhen und in unseren Gewohnheiten umsetzen. Dafür braucht es selbstverständlich flächendeckend niedrigschwellige und ehrliche Informationen für ein umweltbewusstes Verhalten. Auch hier gilt: das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Verantwortung muss transparent und fair sein.

Der Schutz des sozialen Zusammenhalts muss ein ebenso zentrales Ziel der Gesellschaft und der politischen Verantwortlichen sein wie der Schutz des Klimas. Die großen Herausforderungen werden nur zu bewältigen sein, wenn diese Balance gehalten wird. Wir zeigen in dieser Ausgabe, welchen Beitrag unsere Mitglieder schon jetzt zum Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz leisten und wie wir uns aktiv in die politische Debatte um eine sozial-ökologische Wende einbringen.

Herzlich, ihr



Paritätischer fordert sozial-ökologische Wende

Seit einem Jahr streiken Schüler*innen und Studierende Woche für Woche für besseren Klimaschutz, und immer mehr Menschen schließen sich ihnen an. Unter dem Motto #AllefürsKlima folgten am 20. September weltweit 1,4 Millionen Menschen ihrem Aufruf. Die „Fridays for Future“-Bewegung hat mit ihrem Protest dafür gesorgt, dass der Klimawandel in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt ist. Es ist höchste Zeit, denn der Klimawandel hat dramatische Folgen.

Zahl der Hungernden zum dritten Mal gestiegen

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde um etwa ein Grad erwärmt. Der durchschnittliche Temperaturanstieg führt dazu, dass Extremwetterereignisse zunehmen. Am härtesten trifft es die Ärmsten weltweit, denn Dürren, Stürme und Überschwemmungen führen zu Ernteausschlägen. Viehbestände werden minimiert und Felder für kommende Ernten zerstört. Die Zahl der Hungernden weltweit ist im Jahr 2018 zum dritten Mal in Folge gestiegen. Der Klimawandel ist eine der Hauptursachen. Aufgrund der Klimafolgen und unzureichender Katastrophenschutz und Anpassungsmechanismen sind gleichzeitig immer mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat temporär oder dauerhaft zu verlassen. Es ist bitter, dass ausgerechnet diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, am meisten unter seinen Folgen leiden.

Der Paritätische setzt sich dafür ein, die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern, sodass allen ein Leben in Würde möglich ist. Dafür macht sich der Verband in Deutschland und in der internationalen Zusammenarbeit stark. Der Klimawandel hat entscheidenden Einfluss auf die Lebensbedingungen von Menschen weltweit. Nur mit erheblichen Anstrengungen auch im Bereich des Klimaschutzes wird es z. B. möglich sein die

UN-Nachhaltigkeitsziele, wie die Beseitigung extremer Armut und den Abbau sozialer Ungleichheit, zu erreichen. Klimaschutz ist deshalb auch für den Paritätischen ein wichtiges Thema. Das neue Positionspapier „Sozial-ökologische Wende – Paritätische Grundsätze erfolgreicher Klimapolitik“ schafft die Grundlage, sich stärker in die Auseinandersetzungen um konsequenten Klimaschutz einzumischen. In dem Papier fordert der Verband ambitionierte Klimapolitik, die sich an dem Ziel orientiert, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Diese Begrenzung des Temperaturanstiegs bedeutet weniger Hitzewellen, seltenere Sturmfluten, gebremstes Artensterben und weniger Hunger im Vergleich zu einer Erwärmung um 2 Grad. Ein halbes Grad macht einen existentiellen Unterschied für Millionen von Menschen.

1,5-Grad-Ziel muss erreicht werden

Vor knapp vier Jahren hat die internationale Staatengemeinschaft auf der UN-Klimakonferenz in Paris erklärt, die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad anzustreben. Doch die tatsächlichen Pläne der Regierungen reichen bei weitem nicht aus, um das Ziel zu erreichen. Auch deshalb tragen derzeit so viele Menschen ihren Protest auf die Straße: Das Ziel ist gesetzt und allen ist klar, was auf dem Spiel steht – dennoch bewegt die Welt sich auf eine Erwärmung um deutlich über 2 Grad zu.

Das 1,5-Grad-Ziel kann nur dann noch erreicht werden, wenn der Ausstoß von Treibhausgasen schneller und drastischer reduziert wird als bisher geplant. Die nötige Senkung von Emissionen erfordert eine ökologische Wende mit weitreichenden Maßnahmen. Sie wird notgedrungen mit spürbaren Einschränkungen und Belastungen verbunden sein und erfordert zugleich eine breite gesellschaftliche Zustimmung. Diese wird nicht zu gewinnen sein, wenn ein großer Teil der Bevölkerung ohnehin in Armut lebt oder den

eigenen Status als prekär erlebt und sich um die Zukunft sorgt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik ist daher ein zuverlässiger Sozialstaat, der den Menschen soziale Sicherheit garantiert, sodass sich jede*r auch ein klimafreundliches Leben leisten kann. Je mehr Gleichheit eine Gesellschaft bei der Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten aufweist, umso leichter wird ihr eine anspruchsvolle Klimapolitik fallen. Daher ist die ökologische Transformation nur als eine sozial-ökologische denkbar.

Stärker auf Nahverkehr setzen

Zentral für eine gelingende sozial-ökologische Wende ist es auch, Chancen für einen grundlegenden Kurswechsel dort zu nutzen, wo Klimaschutz und soziale Verbesserungen Hand in Hand gehen. So bietet eine Verkehrswende, die die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr verringert, enormes CO₂-Einsparungspotential und zugleich die Möglichkeit, mehr Menschen mehr Mobilität zu ermöglichen. Sowohl aus klimapolitischer als auch aus sozialer Perspektive muss das Ziel ein möglichst kostenloser, inklusiver und ökologischer öffentlicher Nahverkehr sein. Gleichzeitig muss der Regional- und Fernverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Der Schienenverkehr muss das gesamte Land in der Fläche erschließen und die Nutzung der Bahn zu bezahlbaren Preisen ermöglicht werden.

Lange klimaschädliche Verkehrs- und Transportwege können durch die Förderung von lokalen Angeboten und Nähe vermieden werden. Dies schließt insbesondere den Ausbau der regionalen Daseinsvorsorge ein: Angebote wie Kindergärten, Schulen, Seniorentreffs oder Beratungsstellen bieten soziale Anlaufpunkte für alle Bürger*innen. Mietverhältnisse von sozialen Trägern, Kleingewerbetreibenden und anderen für die Wohnqualität und Versorgung bedeutenden Angeboten müssen geschützt werden. Die

so ermöglichten kurzen Wege reduzieren klimaschädliche Emissionen und verbessern zugleich die Lebensqualität vor Ort.

Klimapolitik darf soziale Ungerechtigkeit nicht weiter verstärken

Damit die sozial-ökologische Wende gelingt, müssen politische Maßnahmen sich an den Bedarfen der Menschen, einem möglichst effizienten Ressourceneinsatz und den Notwendigkeiten eines konsequenten Klimaschutzes orientieren. Dabei muss die Klimapolitik die sozialen Fragen von Anfang an mitdenken. Denn die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels trifft auf eine Gesellschaft mit großen und wachsenden Ungleichheiten. Vergangene klimapolitische Maßnahmen haben gezeigt, wie groß die Gefahr ist, dass Klimapolitik soziale Ungerechtigkeit weiter verschärft und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. So muss

zum Beispiel sichergestellt sein, dass Strom für alle bezahlbar ist – sowohl durch Reformen bei Sozialleistungen als auch durch einen gesetzlichen Rahmen, der Energiesparen und Effizienz stärkt. Und es muss verhindert werden, dass Klimaschutzmaßnahmen für Gebäude als Instrument der Profitmaximierung zu Lasten von Mieter*innen genutzt werden können. Vielmehr muss es Ziel einer am Leitbild der sozial-ökologischen Wende orientierten Politik sein, alle Menschen mit klimafreundlichem und menschenwürdigem Wohnraum zu versorgen.

Von einer echten Wende ist die Bundesregierung weit entfernt. Das haben die im September vorgestellten Beschlüsse des Klimakabinetts gezeigt. Der Paritätische wird deshalb Druck machen und sich gemeinsam mit anderen Akteur*innen der Zivilgesellschaft für konsequenten und sozialgerechten Klimaschutz einsetzen.

Marta Bociek
ist Referentin für
Humanitäre
Auslandshilfe und
Internationale
Kooperation beim
Paritätischen
Gesamtverband



Wiebke Schröder
ist Referentin für
Zivilgesellschaftliches
Engagement
beim Paritätischen
Gesamtverband



Seit Monaten machen sie von sich reden und erhitzen die Gemüter: Die Schüler*innen, die nach dem Vorbild der inzwischen berühmten Greta Thunberg jeden Freitag anstatt zur Schule zu gehen, auf der Straße für einen effizienten Klimaschutz zu demonstrieren unter dem Motto „Fridays for Future“ (FFF). Dabei sind sie heftig umstritten. Verantwortungsvolle, junge Menschen für die einen, Schulschwänzer für die anderen.

Bei zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen ist klar: Die jungen Menschen treten für eine gute Sache ein und sind unbedingt zu unterstützen!

Und schon längst werden die auch als „Kli-

mastreik“ bekannt gewordenen Aktionen in vielen Städten weltweit nicht mehr nur von Schüler*innen getragen, sondern auch von Menschen, die schon längst mit der Schule fertig sind, die die Sorge über die Klimapolitik trotzdem umtreibt. So zum Beispiel die Kolleginnen vom Paritätischen Landesverband Brandenburg, die aktiv am 20. September in Berlin beim Globalen Kli-

mastreik dabei waren und im wahrsten Sinne die Paritätische Fahne hochgehalten haben.

Am 29.11. ist wieder ein bundesweiter Klimastreik angesagt. Auch dann werden sich wieder bundesweit viele Parität*innen an den Aktionen auf der Straße beteiligen!



Auf die Straße für das Klima!

Wo die Stromzwerge wohnen

Nachhaltigkeit geht auch im Kindergarten: 50 Kitas aus Köln und Umgebung machen es vor und sind nun zertifizierte Einrichtungen. Mit den Kleinsten lernen die Erziehenden etwas über Mülltrennung, Stromsparen oder Gemüse anpflanzen.

Verstreute Lichtkeckse fallen zwischen die Baumkronen in den Garten der Waldwichtel und bringen Wärme in den kühlen Herbsttag. Auf mittlerer Höhe des länglichen Stücks, hinter den Bauwagen, am Rande des Waldes rührt Erzieher René das Gemüse in einem Kessel über dem Feuer. Daneben sitzt die fünfjährige Hanna an einer Bank und schnibbelt, nein – sie isst Möhren. „Ich habe erst ein Stück gegessen“, sagt sie beschämt. In der Hand hält sie ein scharfes Messer, das darf sie schon. Insgesamt scheint in diesem Waldkindergarten in Hürth bei Köln einiges anders zu sein.

„Gestern haben wir mit den Kindern für heute eingekauft und darauf geachtet, Plastik zu vermeiden“, erklärt Leiterin Nadine, die dazukommt. An diesem Tag findet ein Tag ohne Strom statt – deswegen das Feuer, da das Essen vom Caterer nicht aufgewärmt werden kann. Zudem gibt es kein Licht oder Warmwasser auf den Toiletten. Als die Waldwichtel das erste Mal ohne Strom auskommen wollten, war es gefühlt „der kälteste Tag des Jahres“, erinnert sich die Pädagogin – Minus 15 Grad. „Später haben wir festgestellt, es war der wärmste Tag in der Woche, weil wir Feuer hatten.“

Seitdem findet bis zu vier Mal im Jahr so ein Tag ohne Strom bei den Waldwichteln statt – so wie heute. Das Ziel: Den Kindern Nachhaltigkeit näherbringen. Also über Aktionen zeigen, wie tägliche Bedürfnisse umweltschonend befriedigt werden. Dafür haben die Waldwichtel vom Wissenschaftsladen Bonn neben 49 anderen ein Zertifikat erhalten. Beim NRW-weiten Projekt „Nachhaltige KiTa – Mit Kindern aktiv für die Welt“ geht es um Klimaschutz, Energiesparen, nachhaltige Ernährung, Abfall oder Mobilität.



Beim Tag ohne Strom machen die Waldwichtel das Essen mit Feuer. Dabei erklären die Pädagogen, dass Feuer auch nicht so gut für die Umwelt ist.

Neben dem Bauwagen liegen ausge-rollte Tapetenbahnen, Liam kleckst mit einer Pipette mit gefärbtem Wasser auf das Papier, geht in die Hocke und pustet, damit sich die Farbe verbreitet. „Das ist für unser Thema Wind“, erklärt Nadine. Erzieher René wolle in den kommenden Tagen eine kleine Windmühle bauen und damit Strom erzeugen. Bei den Herbststürmen können die Kleinen zudem nicht mehr in den Wald: „Dann sagen wir den Kindern, der Wind ist zwar stark, aber der kann auch was“, erklärt Nadine. Sie versuchten das Thema Nachhaltigkeit vielfältig anzubringen: Bei den Stromspartagen, indem sie mit Müll basteln oder beim bloßen Entdecken von Phänomenen in der Natur. Wenn es zum Beispiel wegen des Klimawandels zu wenig Wasser im See gibt.

Die Stromdetektivin ermittelt

Hanna kommt dazu, sie ist eine regelrechte Stromdetektivin: „Auf der Toilette war es hell“, sagt sie, das Licht sei noch an. „Anfangs haben wir Kinder zu Stromdetektiven ernannt, jetzt passen einfach alle auf, auch die Kleinsten“, lacht Nadine. „Kommt, wir gucken mal, ob überall der Strom aus ist“, fordert die Pädagogin die Kinder auf

– sieben folgen ihr in den Bauwagen. „Das Rädchen müssen wir drehen, mach mal das Licht an“, sagt die 39-Jährige zu einem Kind, das augenblicklich den Lichtschalter betätigt. Dann dreht die Erzieherin das Rad im Stromkasten und das Licht geht wieder aus. „Wir schreiben jetzt den Stromstand auf und vergleichen mal die Zahl mit morgen, schreibst du mal, Matz?“, fragt Nadine und beginnt zu diktieren. Die Kinder verstünden die abstrakte Themen Nachhaltigkeit und Umweltschutz nur in Teilen. Erklären ließe es sich mit Aktionen durch Bilder und mit viel Humor. „So sagen wir immer, sie müssen das Licht ausschalten oder die Tür zu machen – sonst hauen die Strom- oder Wärmezwerge ab.“ Das würden die Kleinen gut annehmen. „Wir hoffen, dass die Kinder das verinnerlichen“, sagt Nadine. Schließlich ginge es um die Welt und die Zukunft der Kleinen.

Mit dem Bollerwagen in den Schrebergarten

Etwas weiter südlich liegt in Bonn die Elterninitiative Wolke 7 – ebenfalls zertifizierte Einrichtung für Nachhaltigkeit. In dem Bewegungskindergarten ist morgens viel Betrieb. „Mathilda,



Die Kinder machen Limonade aus Minze und Zitrone.



Im Schrebergarten lösen die Kleinen die Kerne von den Sonnenblumen. In der Pause gibt es Brötchen mit Sonnenblumenkernen, damit sie wissen, wozu.

zieh noch deine Gummistiefel an“, ruft Erzieherin Esma, während sieben Kinder schon fertig an einer Bank im mittleren Rondell warten. Das Ausflugsziel: Ein Schrebergarten im Kleingärtnerverein Bonn-Süd.

Der Bollerwagen bildet das Schlusslicht in der Kinder-Karawane, gezogen wird er von Leiterin Simone. Wasser, selbstgebackene Brötchen, Scheren, Bücher, eine Picknickdecke und ein Messbecher sind da drin. Ein Messbecher? „Wir haben heute viel vor“, sagt Simone. Der Schrebergarten ist nur ein paar Gehminuten entfernt und ein großes Glück für die Elterninitiative: Der Kleingärtnerverein wollte gerne Kinder vor Ort haben und stellt den Garten kostenlos zur Verfügung. Einmal in der Woche geht eine Gruppe dorthin, um Natur zu erfahren. Zusätzlich kümmern sich noch freiwillige Eltern darum – „sonst wäre das gar nicht stemmbar“, gibt Simone zu.

„Bäh“, sagt Julian, als er am Strauch riecht. „Das riecht nach Creme“, sagt Mathilda. Sie stehen vor einem großen Rosmarinbusch. „Schneidet mal ein etwa so großes Stück ab“, sagt die Leiterin und zeigt die Länge eines erwachsenen Kleinfingers. Als nächstes gehen sie zum Thymian. Lilli hat einen Spitzkohl entdeckt, „Was ist das?“, fragt sie, Simone erklärt es ihr, der sei wohl übriggeblieben. Wir haben hier Kräuter, Tomaten, Bohnen, Spinat, Himbeeren, Mais, Quitten, Äpfel und

ganz viele Radieschen. „Die wachsen so schnell, da haben die Kinder direkt etwas davon“, sagt die Pädagogin. Die Kinder säen im Schrebergarten die Pflanzen selbst aus und ernteten sie auch. So lernen sie einiges: „Wo kommt das Essen her, was ist das? Sie sehen, dass es einen Kreislauf gibt“, sagt Simone. Hier, im Schrebergarten, gebe es Zeit den Grundstock für das Leben zu kriegen, sinnlich zu erfahren und nicht einfach zu lernen, wie in der Schule.

Müll ist auch ein Thema

„Ich mach nicht mehr mit, ich gehe zu den anderen“, sagt Lilli. Die stellen Limonade aus Zitronen und Minze her. Wenn die Kinder tauschen wollen, sei das völlig in Ordnung, meint die Erzieherin. Manchmal würden die Kleinen auch fragen, ob sie buddeln können. Auch dabei erführen die Kinder Natur – entdeckten Käfer oder andere Tiere. „Wir beobachten ganz viel“, sagt Simone. Zum Beispiel schauen sie sich die Bienen an, die zu der Wildblumenwiese in der hinteren Ecke fliegen oder die Vögel, wie sie im Winter vergeblich Futter suchen. „Dann füttern wir sie wieder zu.“

Die Kita habe sich bewusst dazu entschieden, für die Zertifizierung ein Konzept zu erarbeiten, neben dem Schrebergarten käme auch das Thema Müll vor. „Wir versuchen breitgefächert Nachhaltigkeit im Kindergarten

umzusetzen“, sagt Simone. Um den Kleinen die Mengen an Plastikmüll zu verdeutlichen, hat der Koch zum Beispiel eine Woche lang die Verpackungen vom Frühstück aufgehoben und den Kindern gezeigt. Auch das Thema Mobilität kommt im Kindergarten vor: Bei der Aktion „Roller vor Fahrrad“ gehe es um das richtige Verhalten im Straßenverkehr.

Alle treffen sich auf der Picknickdecke: Simone liest den Kindern ein Buch über Aussaat von Blumen vor und die beiden Pädagoginnen holen getrocknete Sonnenblumenköpfe, damit die Kleinen die Kerne herausholen können. „Was machen wir jetzt mit den Sonnenblumenkernen?“, fragt die Pädagogin. „Trocknen lassen“, sagen die Kinder im Chor „oder föhnen“, sagt Ole. „Dann verbrauchen wir ja wieder Strom“, antwortet ihm die Simone. Die Sonne sei doch sowieso da.

Schließlich lüftet sich auch das Geheimnis um den Messbecher: Darin mischt die Gruppe Salz mit den gesammelten Kräutern. Das Kräutersalz kommt in den Marktstand im Kindergarten, das können Eltern dann kaufen. Das Geld vom Marktstand fließe in die Schrebergartenkasse – damit die Kinder auch im kommenden Jahr Samen aussäen und damit den Kreislauf der Natur beobachten können.

Annabell Fugmann

Nachhaltig Nachbarschaftlich

Mitten an der belebten Urbanstraße in Berlin, jeweils etwa 10 Minuten vom Hermannplatz und vom Halleschen Tor steht ein herrschaftliches gelbes Haus. Dieses Haus hat eine belebte Geschichte und bereits einige Funktionen, aber dazu später mehr. Derzeit fungiert es als Nachbarschaftshaus Urbanstraße und bietet fest verankert im Stadtteil Berlin-Kreuzberg seit 1955 soziale und kulturelle Angebote, auch im Bereich Nachhaltigkeit.



Bereits beim Betreten des Hauses wird die Vielseitigkeit des Nachbarschaftshauses deutlich bemerkbar. Als ich an einem Dienstag Nachmittag gegen 15 Uhr zur verabredeten Zeit ankomme, kommen mir gerade diverse Kids mit Eltern im Anhang aus der Musisch-interkulturellen Kita die Treppe entgegen. Im ersten Stock sitzt dann eine Senior*innengruppe gerade bei Schnittchen und Nachmittagskaffee im Wintergarten. Doch weder wegen dem einen noch dem anderen bin ich konkret hier. Ich treffe Geschäftsführer Markus Runge, um mir von ihm berichten zu lassen, was das Nachbarschaftshaus in Puncto Nachhaltigkeit bietet.

Ein Haus mit vielen Aufgaben

Herr Runge ist gut vorbereitet. Neben ihm liegen viele Magazine und Publikationen. Doch zunächst kommen wir auf die Geschichte des Nachbarschaftshauses zu sprechen. Das herrschaftliche Haus in der Urbanstraße 21 war ursprünglich ein nobles Offizierskasino aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Das sieht man dem Gebäude und insbesondere den Decken mit ihren aufwändigen Stuck-Verzierungen bis heute an. Der einfache Soldat der nahegelegenen Kaserne hatte hier keinen Zutritt. Ab 1924 mietete sich der Männerchor „Berliner Liedertafel“ ein, bis es schließlich nach dem zweiten Weltkrieg kurzzeitig als Zweigstelle des nahegelegenen Urbankrankenhauses fungierte.

Die eigentliche Geschichte des Nachbarschaftshauses begann dann jedoch

1949 mit den amerikanischen Mennoniten Anne und Harold Buller. Ihr Wunsch war es, beim Wiederaufbau Deutschlands zu helfen und so bekamen sie vom Zentralkomitee der Mennoniten diese Aufgabe: „Sie hatten den Auftrag, ein Nachbarschaftshaus mit dem Ziel der Redemokratisierung der deutschen Bevölkerung zu initiieren,“ erklärt Markus Runge. Wichtig war auch, dass die Kreuzberger Nachbarschaft von Jung bis Alt eingebunden sein musste. Ebenso war von vornherein klar, dass die Mennoniten das Haus nicht ewig betreiben, sondern schnell in andere Hände geben würden. Das war 1955 der Fall und damit beginnt die Jetztzeit des Nachbarschaftshauses.

Nach diesem Exkurs in die Geschichte geht es nun um das Thema, wegen dem wir uns heute getroffen haben. Markus Runge erzählt vom Nachbarschaftsgarten: Das Nachbarschaftshaus hat in einer traditionellen Kleingartenanlage im März 2019 zwei Parzellen angemietet, so wie es viele Berliner*innen tun, die etwas Natur und Ruhe mitten in der Stadt suchen. „Die Kolonie gibt es bereits seit den Nachkriegsjahren und sie ist sich in den letzten Jahren bezüglich ihrer Perspektiven immer unsicherer geworden“, erklärt Runge. Menschen, die nicht aus Berlin stammen muss man vielleicht erklären, dass im Zuge der Wohnungsnot in der Hauptstadt auch laut darüber nachgedacht wird, Laubenkolonien in Bauland umzuwandeln. Auch um ihre Position in der Nachbarschaft zu stärken, kooperieren

sie nun mit dem Nachbarschaftshaus in der Urbanstraße. Die zwei Parzellen sollen nicht privaten Mieter*innen zur Verfügung stehen, sondern offen für die Nachbarn sein. „Die Kolonie ist uns gegenüber ganz aufgeschlossen und sehr hilfreich“, freut sich Herr Runge. Zuvor mussten die Parzellen aber vom Müll der Vorgänger*innen befreit werden. „Die hatten eine große Sammlerleidenschaft“, lacht der Geschäftsführer. Nach der Entsorgung von 50 Kubikmeter Müll sollen die 300 Quadratmeter Garten mit unterschiedlichsten Gruppen aus dem Stadtteil belebt werden: Eine afghanische Frauengruppe, junge geflüchtete Männer und Kreuzberger*innen mit wenig Einkommen können für sich selber anpflanzen, was sie wollen. Gleichzeitig soll die Laube offen sein für alle, die interessiert sind. Runge: „Es gibt die Idee, längerfristig auch in die Kolonie hineinzuwirken. Schon jetzt gibt es interessante Rückmeldungen von Kolonisten, wie wir sie nennen, die sagen: Eigentlich könnte ich auch in meinen Garten eine Kindergruppe kommen lassen.“

Seit 20 Jahren Sperrgutmarkt

Das älteste Nachhaltigkeitsprojekt des Hauses, erzählt Markus Runge, ist der seit 1999 bestehende Sperrgutmarkt des Nachbarschaftshauses, der zwei Mal im Jahr stattfindet: „In den achtziger und neunziger Jahren gab es in Berlin noch die Sperrmülltage. Die alten Kreuzbergerinnen und Kreuzberger erzählen davon heute immer noch. Alle Leute konnten das, was sie nicht

mehr haben wollten, vor die Tür stellen und alles wurde von der Stadtreinigung abgeholt,“ so der Geschäftsführer. Traditionell durchstreiften dann viele Menschen ihren Kiez, um brauchbare Gegenstände mitzunehmen, die andere wegwerfen wollten. Zwei ältere Herren kamen mit dem Wunsch ins Nachbarschaftshaus, genau das wieder aufleben zu lassen. Es solle wieder einen Ort in Kreuzberg geben, wo die Bewohnerinnen und Bewohner alles, was noch brauchbar ist, aber sie selbst nicht mehr brauchen, verschenken können. Das Vorhaben wird auch nach 20 Jahren so gut angenommen, dass der Sperrgutmarkt inzwischen parallel an zwei Standorten in Kreuzberg stattfindet. Von Büchern, über Küchengerätschaften bis zu großen Schränken, lässt sich alles dort finden und das umsonst. „Das ist unheimlich kommunikativ und nachhaltig. Und beide Seiten freuen sich: Die, die etwas nicht wegwerfen wollten und sich dann freuen, wenn ihre alten Sachen noch einmal sinnvoll verwendet werden und die, die sich vieles vielleicht auch nicht leisten können. Und das alles nah und nachbarschaftlich,“ freut sich Markus Runge und schätzt, dass 50 bis 75 Prozent der dortigen Dinge neue Besitzer*innen finden. Es gibt sogar Hilfe beim Transport, wenn nötig, und was wirklich nicht weggeht, entsorgt ein privates Unternehmen.

Gemeinsam kochen, nähen und Fahrräder reparieren

Diese beiden größeren Projekte sind jedoch noch lange nicht alles, was das Nachbarschaftshaus Urbanstraße in Bereich Nachhaltigkeit aufzuweisen

hat. Markus Runge erzählt von der Upcycling-Näherwerkstatt, bei der aus alten Kleidungsstücken neue Sachen gezaubert werden sowie der offenen Fahrradwerkstatt, bei der man seit dem Frühjahr sein Fahrrad selbst unter Anleitung reparieren (lassen) kann. Beides wird von engagierten Geflüchteten angeboten. Apropos Rad: Seit kurzem verleiht das Nachbarschaftshaus auch ein Lastenfahrrad kostenlos an die Nachbarn. Markus Runge: „Auch damit sorgen wir für Nachhaltigkeit, da viele Menschen dann kein Taxi, Mietwagen oder auch ihr eigenes Auto für einen Transport nehmen müssen. Und viele können es sich oft nicht leisten und sind trotzdem darauf angewiesen, Gegenstände zu transportieren.“

Und seit kurzem wird auch eine Food-sharing-Station im Mehrgenerationenhaus in der Gneisenaustraße durch das Nachbarschaftshaus organisiert. Besonders Bioläden, die ihre Lebensmittel nicht mehr verkaufen können, spenden diese für die Kreuzberger Nachbarschaft. Davon profitiert auch ein gemeinsames Kochangebot an jedem Freitag für Jung und Alt ,für Menschen mit und ohne Fluchterfahrung. Markus Runge führt aus: „Am Anfang waren es nur junge geflüchtete Männer, die einen gemeinsamen Ort wollten.“ Inzwischen ist die Kochgruppe alters- und geschlechtsmäßig sehr gemischt und beim gemeinsamen Essen am Freitag tauchen inzwischen bis zu 50 Menschen auf. „Aber eigentlich geht es um viel mehr als nur ums Essen. Es findet auch Beratung statt, Kontakte werden geknüpft, Informationen weitergegeben.“ Jüngere Men-



Markus Runge

schen erklären Älteren, was sie beim Onlineshopping beachten müssten und wo die Gefahren sind.

Gründerin ist sicher stolz

Ich bin beeindruckt angesichts dieses Angebotes. Das Nachbarschaftshaus Urbanstraße beweist, dass Ökologie und Nachhaltigkeit kein Thema nur für die dörflichen Regionen sind. Im Gegenteil: Gerade im städtischen Umfeld hat man vielleicht sogar viel mehr Möglichkeiten, wenn mehr Menschen auf engem Raum zusammen kommen. Und eine besonders schöne Geschichte erzählt Herr Runge mir noch am Schluss: In Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen des Vereines Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. bekam man Kontakt zur inzwischen hochbetagten Gründerin Anne Buller, die in den USA lebt. Und dann reiste sie sogar zu den Feierlichkeiten 2015 nach Berlin. Als bekennende Christin war auch Anne Buller sicherlich stolz, dass im Nachbarschaftshaus Urbanstraße mit der Natur verantwortungsvoll umgegangen wird.

Philipp Meinert

Weitere Informationen unter www.nachbarschaftshaus.de



Dorf Gemeinschaft Münzinghof ökologisch – fair – lebenswert

Der Münzinghof ist ein besonderer Ort mit besonderen Menschen. Er liegt inmitten der wunderschönen Hersbrucker Schweiz im Nürnberger Land. Seit 41 Jahren besteht diese inklusive Dorfgemeinschaft. Sie ist ein generationsübergreifender Lebensort für ca. 150 Einwohner*innen, die Hälfte mit Recht auf Eingliederungshilfe.

Ein inklusives Wohn- und Arbeitsmodell ist den Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Anliegen. Verschiedenste Wohnangebote und vielfältige Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) sowie ein reichhaltiges Kulturangebot und ein ausgeprägtes Gemeinschaftsleben gehören dazu.

Nachhaltiges Wirtschaften unter Einbeziehung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Gesichtspunkte soll für das ganze Dorf eine weitgehend zukunftssichernde Basis schaffen. Das bedeutet u.a. Senkung des Energieverbrauchs, bewusstes Umgehen mit vorhandenen Ressourcen, Bauen und Sanieren mit dem Ziel verträglicher Unterhaltungs- und niedriger Energiekosten.

Die Energiewende am Münzinghof begann um das Jahr 2010. Die dezentralen Öl- und Gaskessel wurden durch ein Nahwärmenetz ersetzt, das durch eine Hackschnitzelheizanlage und ein Holzvergaser-Blockheizkraftwerk (BHKW) mit Wärme versorgt wird.

Im BHKW werden neben der Wärme auch gleichzeitig 30 kW Strom gewonnen – ausschließlich aus Holz des eigenen Waldes oder von umliegenden Waldflächen. Das ist nicht nur gut für die Umwelt sondern auch gut für die Bauern der Region. Zugleich entwickelten sich durch die neuen Aufgaben auch attraktive Arbeitsplätze für die Menschen mit Assistenzbedarf im Dorf. Die unterschiedlichen Anlagen benötigen verschiedenste Wartungsleistungen. Vom Entleeren der Aschekästen über das Beschicken eines zusätzlichen Scheitholzkessels bis zum Warten des Stromgenerators werden Menschen mit unterschiedlichsten Qualifikationen benötigt.

Die Dorfgemeinschaft befindet sich immer wieder in Erneuerungsprozessen, die zum Beispiel durch Ersatz- und Neubauten äußerlich sichtbar werden. Bei allen Renovierungen und bei neu gebauten Häusern wird auf eine ressourcenschonende Bauweise und auf Niedrigenergiestandards geachtet. Hierzu wurden 2011 eine Analyse und Konzeptentwicklung zur energetischen und ökologischen Modernisierung und Erweiterung der Dorfgemeinschaft Münzinghof, gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, erstellt. In den folgenden Jahren wurde dieses Konzept umgesetzt. Das Kernstück desselben ist das oben beschriebene Nahwärmenetz mit dem Umstieg auf regenerative Energiequellen. Vor kurzem entschied sich die Dorfgemeinschaft für die Installation einer 200 kWp Photovoltaikanlage, die im Laufe des nächsten Jahres realisiert wird.

Zusätzlich wird durch die Umsetzung geringinvestiver (also günstiger) Maßnahmen versucht, den Energieverbrauch zu senken bzw. die Energieeffizienz zu verbessern. Zur Verringerung der elektrischen Leistungsspitzen wurde ein Stromlastmanagement aufgebaut. Die Dorfbeleuchtung wurde auf LED-Leuchtmittel umgerüstet und bei Neuanschaffungen in den Wohn- und Arbeitsbereichen wird grundsätzlich auf die Wahl energieeffizienter Geräte geachtet.

Landwirtschaft, Gärtnerei, Käserei und Bäckerei der Dorfgemeinschaft arbeiten seit über 35 Jahren nach den strengen biologisch-dynamischen Richtlinien des Demeter-Anbauver-

Bewohner*innen
des Münzinghofs

bandes und erfüllen so höchste Anforderungen in den Bereichen ökologischer Landbau, Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung.

Durch eine besondere Form der Selbstverwaltung, die gekennzeichnet ist durch eine konsensorientierte, hierarchisch flach angelegte und breit aufgestellte Gremienarbeit, bietet der Münzinghof allen Menschen in der Dorfgemeinschaft Mitbestimmung und Mitgestaltung der eigenen Lebens- und Arbeitswelt.

Jedes Jahr kommen viele junge Menschen als Freiwillige an den Münzinghof und bereichern dadurch das Dorfleben in besonderer Weise. Oft entscheiden sie sich nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr oder dem Bundesfreiwilligendienst für eine Ausbildung innerhalb der Dorfgemeinschaft und bleiben damit weitere Jahre. Ungefähr die Hälfte der ca. 30 jungen Menschen am Münzinghof absolviert zurzeit eine Ausbildung in handwerklichen oder sozialen Berufen. In den Gewerken

werden Bäcker*innen, Schreiner*innen, Metallbauer*innen und Gärtner*innen ausgebildet. Dazu kommt die Ausbildung zu Heilerziehungspfleger*innen. Alle Azubis sind auch in den sozialen Aufgaben im Dorf integriert. Im Berufsbildungsbereich der Werkstätten werden Menschen mit Hilfebedarf für das Arbeitsleben vorbereitet und ausgebildet. Ausbildung gehört zum Selbstverständnis und wird als nachhaltige Gesellschaftsaufgabe verstanden, zu der die Dorfgemeinschaft nach Kräften beitragen möchte.

Viele nachhaltige Themen sind am Münzinghof sehr gut umgesetzt, wie überall bleiben dennoch Herausforderungen: Durch die Vergrößerung der Dorfgemeinschaft kommen immer mehr Menschen auch von außen, so dass die Parkplätze immer größer, die Autos immer mehr werden. Wie findet die Gemeinschaft zu einer nachhaltigeren Mobilität? Wie gestalten wir unser Einkaufsverhalten, zum Beispiel

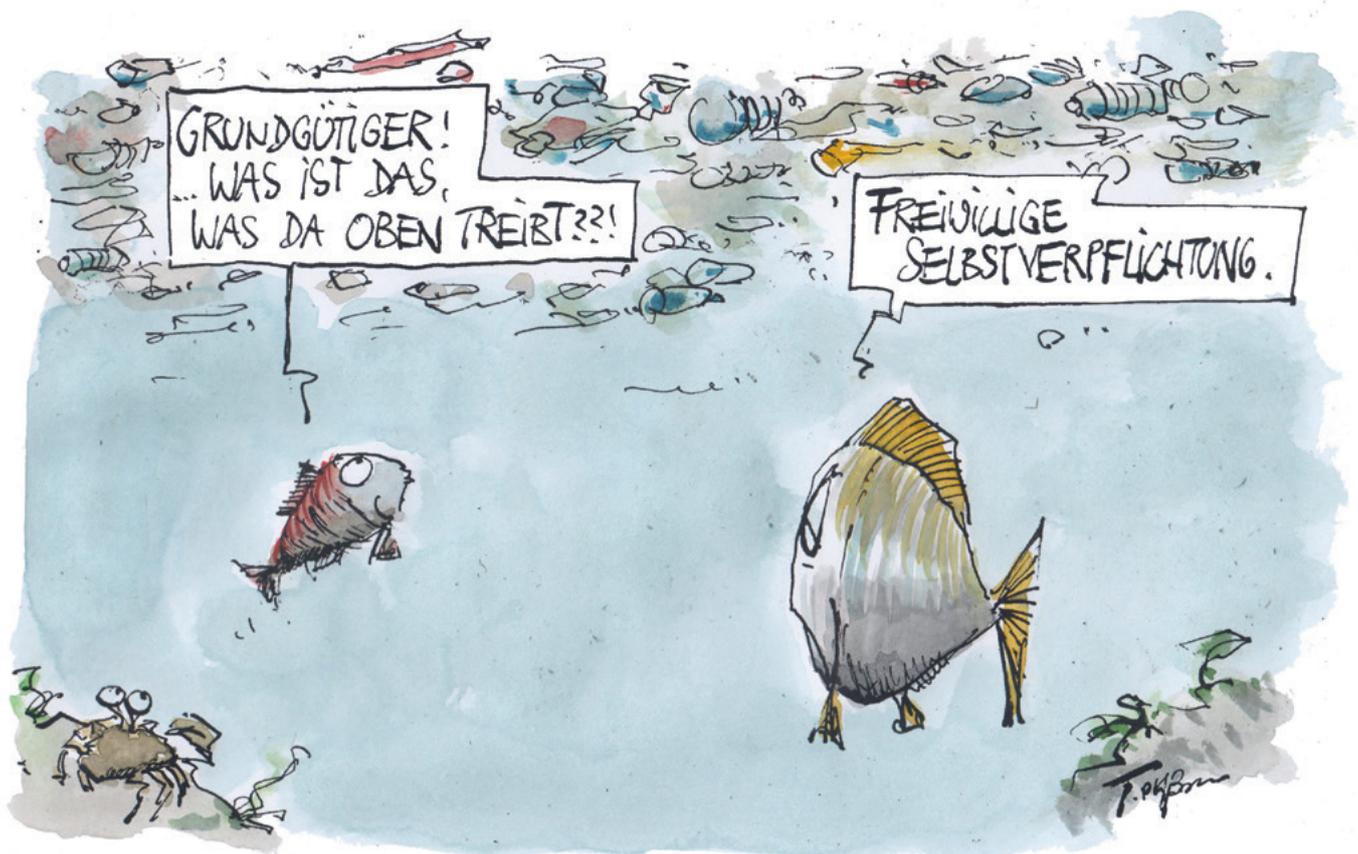
im „Onlineshopping“? Diese und viele andere Themen werden uns natürlich zukünftig beschäftigen. Dabei kann die Lösung nicht nur von der Gemeinschaft an sich kommen, sondern vor allem von jedem einzelnen. Denn jede*r bildet mit Engagement und Kraft die Gemeinschaft.

Nils Lubenau ist
Bereichsleiter Wohnen
auf dem Münzinghof

Weitere Infos unter
www.muenzinghof.de
und auf Instagram unter
#muenzinghof

FSJ/FöJ/BFD

Wer sich für einen Freiwilligendienst am Münzinghof interessiert schaut auf unserer Homepage und bewirbt sich gleich über bewerbung@muenzinghof.de



Süß und Paritätisch: Honig aus eigener Produktion

Es summt auf dem Dach der Landesgeschäftsstelle des Paritätischen in Schleswig-Holstein. Tausende von Bienen haben hier im Kieler Stadtteil Gaarden ein neues Zuhause gefunden und bedanken sich eifrig bei den Paritätler*innen mit leckerem Honig.

Michael Saitner ist Landesgeschäftsführer beim Paritätischen Schleswig-Holstein und hat schon lange ein Herz für die kleinen Insekten. An die Biene sei er eher über sein „privates Hobby“ gekommen. Ein guter Freund und auch seine Mutter halten Bienen und so lag es nahe, dass auch Michael Saitner ein paar Bienenvölker in seinem eigenen Garten Unterkunft gewährt. „Und da wir hier als Landesgeschäftsstelle auch eine kleine Terrasse haben und zentral liegen, war das ein kurzer Weg“, erklärt Saitner weiter. Seitdem stehen sechs Bienenkästen auf dem Dach der Kieler Geschäftsstelle, die von einem Imker betreut werden.

Der Imker heißt Philipp Sosnowski und betreibt die kleine Imkerei Immenstolz mit seiner Frau Ines im Nebenberuf. Ähnlich wie bei Herrn Saitner hat die Bienenbegeisterung eine familiäre Vorgeschichte: Herr Sosnowskis Vater war ebenfalls Imker. „Erst habe ich das immer verteufelt, weil es auch mit viel Arbeit zu tun hatte“, lacht Herr Sosnowski. „Aber irgendwann lernt man die Bienen lieben und kann nicht mehr ohne. Und wenn man seinen eigenen Honig erstmal gegessen hat, ist es sowieso um einen geschehen.“

Aber was macht man überhaupt als Imker? „Die Arbeit ist die Bienenpflege“, erklärt Philipp Sosnowski. „Heutzutage kann die Biene eigentlich gar nicht mehr ohne Imker existieren.“ Milben sind ebenso ein Problem wie fehlender Lebensraum. „Und da muss man schauen, ob alles in Ordnung ist



und ob alle nach Hause gekommen sind“ lacht Herr Sosnowski.

Und wie ist das Interesse der Mitarbeiter*innen des Paritätischen in Schleswig-Holstein, abgesehen von Michael Saitner? Groß, stellt Herr Sosnowski fest: „Wenn ich oben auf dem Dach bin, kriegen die das mit und dann geht sofort eine Rundmail rum, dass ich da bin.“ Dann gehen immer alle raus oder stehen interessiert an den Fenstern. „Dann wird die Pause schon mal ein bisschen früher gemacht und dann wird geguckt. Das Interesse an der Biene ist extrem hoch – besonders beim Paritätischen.“

Die Wahl des Standortes kam nicht von ungefähr, berichtet Michael Saitner: „Kiel-Gaarden ist im Umbruch. Früher Werft-Stadtteil und heute ein hoher Anteil an Migrantinnen und Migranten. Und Kiel-Gaarden ist auch aus ökologischer Sicht

ein Stadtteil, der noch viel nachzuholen hat. Und dabei helfen uns die Bienen auch.“

Abschließend möchte ich wissen: Honig und Parität – wie geht das überhaupt zusammen? „Ganz hervorragend“, meint Michael Saitner. „Wir haben einerseits die ökologische Ebene, die wir damit in den Fokus rücken können. Wir sind hier mitten in der Innenstadt, laut und mit viel Schmutz in der Luft.“ Vielen sei auch noch nicht bewusst, wie wichtig Bienen für uns Menschen sind. Deshalb, so Saitner weiter: „Wenn wir mit dem Paritätischen Honig auch an der Stelle auf das Zukunftsthema ‚Schonender Umgang mit Ressourcen‘ aufmerksam machen können, steht uns das auch und gerade als Wohlfahrtsverband gut zu Gesicht. Und wenn

man das noch mit etwas süßem Geschmack rüberbringen kann, kommt man noch besser an.“

Philipp Meinert
Fotos:

Oben: Das Dach des Paritätischen SH
Mitte: Philipp Sosnowski
Unten: Michael Saitner



Drei Fragen an Dominik Hohnsbehn, pro familia Schleswig-Holstein

Dominik Hohnsbehn, Diplom Pädagoge, Sexualpädagoge (gsp), Jahrgang 1981 (38 Jahre alt,) lebt seit 2003 in Kiel. Seit 2006 erst als Honorarkraft, seit 2008 als fester Mitarbeiter bei pro familia Kiel als Sexualpädagoge beschäftigt. Seit Mai 2016 Leiter der pro familia Beratungsstelle Kiel. Arbeitsschwerpunkte: sexuelle Bildung in Schulklassen, Erwachsenenbildung im Bereich frühkindliche Sexualität (Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte in Kitas, Elternabende), Lehrbeauftragter an der CAU zu Kiel. Im Interview berichtet er uns, warum pro familia im Norden sich ein Lastenrad angeschafft haben.



Für den Transport von Materialien für Workshops, Fortbildungen und Schulungen möchten Sie zukünftig auf ein Lastenrad umsteigen. Warum möchten Sie das Auto stehen lassen?

Die Landeshauptstadt Kiel hat im Mai 2019 den Klimanotstand ausgerufen: Alle politischen Entscheidungen sollen fortan im Hinblick auf den Umweltschutz getroffen werden. Ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaziele ist die Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt. Hier möchte pro familia einen wichtigen Beitrag leisten, indem wir Fahrten mit dem Auto vermeiden und dafür das Lastenrad nutzen. Wir finden es wichtig, dass Kiel eine noch fahrradfreundlichere Stadt wird und Radwege weiter ausgebaut werden. Wir tragen mit dem Lastenrad zusätzlich noch zu besserer Luft in Kiel bei und fördern unsere eigene Fitness. Zusätzlich ersparen wir uns die teils anstrengende Parkplatzsuche.

Wie planen Sie die Umstellung auf das Lastenrad praktisch im Arbeitsalltag umzusetzen?

Wir wollen möglichst viele Fahrten in der Umgebung, die wir bislang mit dem Auto erledigen mussten, da wir viel Material transportieren, zukünftig mit dem Lastenrad fahren. Das Rad hat

eine große abschließbare Transportkiste, in der unsere Arbeitsmaterialien hineinpassen und sowohl vor Wetter als auch Diebstahl geschützt sind. Wer von uns Kolleg*innen das Rad wann benutzt, werden wir gemeinsam planen und besprechen. Bei Veranstaltungen, bei denen wir zu zweit arbeiten, fährt die zweite Person einfach mit dem eigenen Rad.

Welche weiteren nachhaltigen Ziele haben Sie sich in Ihrem Arbeitsalltag gesetzt?

pro familia Kiel möchte gerne so nachhaltig wie möglich arbeiten. Daher haben wir beschlossen, zukünftig auf Umweltpapier für das Büro umzusteigen, recyceltes Toilettenpapier zu nutzen und generell so viel Papier wie möglich zu sparen. Wir planen unsere Außeneinsätze so, dass möglichst wenige Fahrten anfallen und wir zum Beispiel mit mehreren Teams an einem Tag in eine Einrichtung fahren.

Die Fragen stellte Janina Yeung

Weitere Infos unter
www.profamilia-sh.de



Professionelle Unternehmensplanung und Steuerung mit Xview®

Mit Xview® haben wir eine leistungsfähige Business Intelligence Software – ausschließlich für den Einsatz in sozialen Einrichtungen – entwickelt. Xview® bietet Ihnen eine optimale Basis für die Steuerung und Analyse Ihrer Einrichtungen. Flexible Unternehmens- und Berichtsstrukturen ermöglichen 1:1 die Umsetzung Ihres Unternehmens.

Zentrale oder dezentrale Budgetplanungen und aktives Forecasting sind essentiell, individuelle Management-Cockpits bieten optimale Unterstützung für die Unternehmensleitung und lassen sich über ein dediziertes Berechtigungskonzept steuern.

Rollierende Finanzplanungen mit Darlehensverwaltung und Darlehensübersichten, Investitionsplanungen, Unternehmens- und Betriebsvergleiche, ein intuitiv bedienbares Kennzahlcockpit und professionelle Reportingmöglichkeiten mit Berichtsmappen und „One-Klick-Option“ runden das Leistungsspektrum von Xview® ab.

Mehr Transparenz bei den Personalkosten?

Xview® ermöglicht Ihnen durch die Integration Ihrer Personaldaten detaillierte Analysen und Planungen auch auf Mitarbeiterebene. Erstellen Sie komfortabel Ihre Statistiken, Stellenpläne und Übersichten.

Get started ...



Ungenbachstraße 7
63826 Geiselbach/Aschaffenburg
Telefon 06024/63928-0
info@controlling-and-more.com
www.controlling-and-more.com

#Bikeygees e.V.: Auf zwei Rädern zu mehr Gleichberechtigung



Fahrrad fahren ist für die meisten Menschen eine Selbstverständlichkeit – in den Großstädten und auf dem Land. Anders für viele Geflüchtete, die nach Deutschland kommen. Vor allem viele Frauen und Mädchen haben noch nie auf einem Fahrrad gesessen. Der Verein #Bikeygees e.V. ändert das.

Annette Krüger
(Mitte) im Kreis der
Fahranfängerinnen

Eine junge Frau sitzt auf dem Fahrrad und tritt noch etwas unsicher in die Pedale. Links und rechts haben sich zwei Helferinnen bei ihr untergehakt und laufen neben dem Fahrrad her. Sie stellen sicher, dass die Frau nicht umfällt. Eine Runde, zwei Runden drehen sie langsam über den Verkehrsübungsplatz in Berlin Kreuzberg – und irgendwann lassen die Helferinnen los. Die Frau fährt alleine. Noch etwas wackelig, aber sie fährt. „Siehst du: Du fährst alleine! Du kannst das!“, rufen ihr die Helferinnen euphorisch zu. Das zuvor noch angespannte, fast ängstliche Gesicht der Frau breitet sich in ein großes Lächeln aus. Sie strahlt über das ganze Gesicht.

Es ist genau dieser Moment, den Annette Krüger als „magisch“ bezeichnet und der sie seit vier Jahren bei Wind und Wetter auf Verkehrsübungs- und Parkplätzen stehen lässt, um Frauen aus der ganzen Welt das Fahrradfahren beizubringen. Im Sommer 2015, als viele geflüchtete Menschen in Deutschland eintrafen, überlegten Annette Krüger und Anne Seebach, wie sie helfen könnten. „Es war ganz einfach: Wir lieben Fahrrad fahren, also haben wir uns ein paar Fahrräder geschnappt, sind in eine Notunter-

kunft gegangen und haben uns mit einer Gruppe Frauen einen Parkplatz zum Üben gesucht.“ Was ganz klein auf einem Supermarktparkplatz anfing, hat sich in kürzester Zeit zu einem viel besuchten Event entwickelt und zur Gründung des Vereins #Bikeygees e.V. geführt.

Auch an diesem Sonntag im Spätsommer stehen die Frauen vor dem Verkehrsübungsplatz in Kreuzberg Schlange. Viele sind weit vor der angekündigten Zeit da. „Wir müssen jetzt mit der Einführung beginnen“, ruft Annette Krüger ihr Team aus freiwilligen Helferinnen zehn Minuten vor dem eigentlichen Beginn zusammen: „Die Frauen sind ungeduldig und wollen Fahrrad fahren.“

730 Frauen das Fahrradfahren beigebracht

Um die 80 Fahrradanfängerinnen und freiwillige Helferinnen sind gekommen. Es ist ein besonderer Tag für die #Bikeygees, es ist der vierte Geburtstag des Vereins. Stolz blickt Gründerin Annette Krüger zurück: „Bis heute haben wir 730 Frauen das Fahrradfahren beigebracht und rund 200 Sets aus Fahrrad, Weste, Helm und Schloss vergeben“.

Der Verkehrsübungsplatz in Kreuzberg bildet eine Straßenlandschaft nach – nur etwas kleiner. An der einen oder anderen Stelle hat das Wurzelwerk den Asphalt aufgebrochen. So wirkt es fast noch authentischer, „richtige Berliner Straßenverhältnisse“, sagt Annette Krüger lachend. Nach einer kurzen Einführung – wie setze ich den Helm richtig auf, wo ist die Bremse, in welche Richtung und vor allem auf welcher Seite darf ich fahren – geht es los. Die Frauen schließen sich in Dreier-teams zusammen – eine Frau auf dem Fahrrad, zwei Helferinnen an ihrer Seite.

Eine der ersten Frauen, die auf diese Weise das Fahrradfahren mit den #Bikeygees gelernt hat, ist Mona. Sie ist 2015 mit ihrer Tochter aus Syrien nach Berlin geflüchtet. In Berlin angekommen fiel ihr eines gleich auf: „Alle fahren Fahrrad!“ und schnell stand ihr Entschluss, „auch ich muss Fahrradfahren lernen.“ Über die Sozialen Netzwerke erfuhr sie von dem offenen Training der #Bikeygees und probierte es aus.

Das war für sie ein großer Schritt: „In Syrien dürfen Frauen nicht Fahrrad fahren“, erzählt Mona und erinnert sich: „Als ich klein war, habe ich mir

manchmal heimlich das Fahrrad von meinem Bruder geliehen und damit geübt. Aber wenn meine Eltern das gesehen haben, habe ich Ärger bekommen.“ Jetzt fährt Mona nicht nur Fahrrad, sie ist selbst auch Coach bei den #Bikeyees und hilft Frauen aus aller Welt den Mut aufzubringen, sich auf das Fahrrad zu setzen.

Aus dem Alltag rausholen

Mit ihrer Arbeit befähigen und empowern die #Bikeyees. Durch die Möglichkeit, mit einem bezahlbaren Verkehrsmittel mobil zu sein, erhöht sich der Lebensradius der Frauen, die nach ihrer Ankunft in Deutschland ihre neue Umgebung erkunden möchten. Das Fahrradtraining soll die Frauen aus ihrem Alltag zwischen Behörden-gängen, Anträgen und Kinder beaufsichtigen herausholen und ihnen eine Auszeit ermöglichen.

„Wir haben bei uns den Begriff Mutzeit eingeführt“, erzählt Annette Krüger. Ihre Kinder sollten die Frauen nach Möglichkeit nicht mitbringen und auch die Ehemänner würden als Besucher nicht gerne gesehen. „Ich schicke dann die Väter mit ihren Kindern auf den Spielplatz“, sagt Krüger und kann sich nicht verkneifen: „Das ist für viele auch eine ganz neue Erfahrung.“

An diesem Sonntagnachmittag scheint die Sonne in Berlin und die ersten Blätter fallen von den Bäumen. Perfektes

Fahrradfahrwetter – das ist aber nicht immer so. „Einmal hat es in Strömen geregnet und wir haben erst mal eine Stunde Theorie gemacht, da wir uns nicht vorstellen konnten, dass bei diesem Wetter irgendjemand raus möchte“, blickt Annette Krüger zurück. „Dann haben wir gefragt: Wer von euch möchte Fahrrad fahren? Und alle haben aufgezeigt!“

Auch an vier Orten in Brandenburg (Wünsdorf, Doberlug-Kirchhain, Eberswalde und Joachimsthal), in Berlin Hohenschönhausen und Berlin Lichtenrade sind die #Bikeyees unterwegs. Hier hat das Fahrradtraining noch eine ganz andere Notwendigkeit als in Berlin Kreuzberg – es geht nicht nur um Freiheit, sondern auch um Sicherheit. „Viele Frauen trauen sich auf den Dörfern abends nicht mehr auf die Straße“, sagt Annette Krüger. Zu groß sei die Angst vor rassistischen Übergriffen. Sie erzählt von einer Frau die sich lange Zeit gezwungen sah, weit vor den Abendstunden zurück im brandenburgischen Dorf anzukommen. Mit dem Fahrrad im Gepäck treffe sie jetzt auch mal später am Bahnhof ein: „Sie steigt in das hinterste Abteil ein und sobald der Zug einfährt, springt sie auf ihr Fahrrad und fährt direkt aus dem Bahnhof raus nach Hause“, erzählt Krüger und fügt noch hinzu: „Wir steigen da ein, wo die Öffis aufhören.“

Neben dem sozialen Aspekt betont Annette Krüger auch die Nachhaltigkeit ihrer Arbeit. „Die Frauen sind an der frischen Luft, betätigen sich sportlich und tun auch noch was für die Umwelt“, sagt Krüger. Das besondere an der Arbeit und was die #Bikeyees von anderen Hilfsorganisationen unterscheidet



ist, dass schnell Erfolge sichtbar werden. „Die Frauen kommen manchmal etwas unsicher hier an und gehen gestärkt und mit geraderem Rücken hier raus“, sagt Krüger.

Feministinnen kritisierten Logo

Das Logo der #Bikeyees – ein rosafarbenes Fahrrad mit Fahrradkorb und Blümchen – wurde von einer Grafikerin aus Syrien entworfen, als Dank fürs Fahrradfahrtraining. „Da kommt schon mal Kritik von Feministinnen, warum das Logo nicht lila ist und statt Blümchen etwas Kämpferisches zeigt“, sagt Krüger und erklärt: „Wir wollen, dass sich die Frauen hier gut fühlen, in eine rosarote, heile Welt abtauchen und mal nicht kämpfen müssen.“

Zum Geburtstag der #Bikeyees gibt es ein leckeres Buffet mit Kuchen und viele Knabbereien. Es werden Danksgungen in allen möglichen Sprachen gehalten und Fotos gemacht. Die Frauen liegen sich in den Armen und lachen viel. Dass sich das Angebot der #Bikeyees nicht generell nur an Geflüchtete richtet, ist Annette Krüger wichtig. „Jede Frau darf bei uns mitmachen. Der Status, die politische Richtung und die Religion sind uns alles egal“, sagt sie. Das Fahrrad sei das Element, was sie alle verbindet.



Es geht vorwärts bei dieser Fahranfängerin

Janina Yeung

Kommentar

Green Jobs Vielfalt und Breite nachhaltiger Arbeitswelt

„Ich wünsche mir einen Job mit Sinn“ – nicht erst seit Fridays For Future hat der Stellenwert von einer Sinn- und Werteorientierung im Berufsleben enorm zugenommen. Ein regelrechter Paradigmenwechsel ist zu beobachten: Die Nachwuchskräfte heute suchen Unternehmen, die purpose-orientiert arbeiten, anstatt kurzfristige Gewinne in den Mittelpunkt zu stellen. Es geht um soziale und nachhaltige Jobs.

Damit werden die Themen soziale und ökologische Nachhaltigkeit auch immer relevanter für die Arbeitgeber_innen. Ein Unternehmen kann heute in Zeiten des Fachkräftemangels mit sinnhaften Tätigkeiten punkten – ein wichtiger Faktor im Employer Branding. Nachhaltige Berufsbilder bekannter zu machen, ist daher ein zentraler Baustein, wenn es um die Arbeitsmärkte der Zukunft geht.

Lange galten grüne Jobs als Nische, inzwischen sind „green jobs“ auch in Berufen jenseits der klassischen Umweltbranchen angekommen. Die Onlineportale für die Jobsuche mit Sinn werden immer mehr, klassische Wirtschaft greift ebenfalls Nachhaltigkeitsthemen auf und die Medien berichten nicht mehr nur über Gartenbau & Landwirtschaft als grüne Berufe. Ganz besonders junge Angestellte oder engagierte Geschäftsführer_innen zählen zu den Treibern des Wandels. Sie möchten ihre Berufsumwelt von innen heraus verändern oder die Themen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz auf die Agenda setzen. Ein grünes Bewusstsein sei zentral für die Gestaltung von Prozessen und Produkten sowohl in der Umweltbranche als auch für Entscheider_innen in herkömmlichen Betrieben, wie die qualitative Studie „Greening der Berufe“ herausstellt (UnternehmensGrün 2017).

Dabei geht es nicht mehr nur um traditionelle „grüne“ Jobs, sondern generell um zukunftsorientiertes Wirtschaften und eine ganzheitliche Herangehensweise. Schon 2014 analysierte das Umweltbundesamt, dass „die Transformation zur Green Economy in allen Branchen bereits begonnen hat.“ Besonders in den Sektoren Wasserver- und Abfallentsorgung, Energiewirt-

schaft, Bergbau, Bau-, Land- und Forstwirtschaft zeigte sich ein hoher Bedarf an Schlüsselqualifikationen für „Green Jobs“. Insgesamt ist der Durchschnitt an Green Jobs jedoch noch überschaubar: Über alle Branchen hinweg beinhalteten nur rund acht Prozent der Stellenanzeigen Bezüge zu Green Skills. Auch die UnternehmensGrün-Studie kommt diesbezüglich zu ähnlichen Ergebnissen: Die Transformation schreitet zwar voran, aber noch besteht großer Ausbaubedarf, nicht zuletzt in den bestehenden Lehrplänen der Berufsausbildung.

Für ein Greening der Wirtschaft braucht es nicht neue Berufe mit dem Zusatz „Umwelt-“, sondern zusätzliche Kompetenzen und ein grünes Bewusstsein in den bestehenden Jobs. Dies muss bei der Berufsorientierung innerhalb einer grüner werdenden Arbeitswelt beginnen. Genau hier setzt das Projekt „mach Grün! Zukunft in Deiner Hand“ an (siehe Projektbeschreibung). In erlebnisorientierten Workcamps bekommen junge Menschen in der Berufswahlphase einen Eindruck von Handwerksberufen aus den Bereichen Mobilität, Bekleidung sowie Haus- und Gebäudetechnik.

All das geschieht vor dem aktuellen Hintergrund der Klimakrise. Die Wirtschaft wird sich ändern, wird Klimaschutz in ihr Kerngeschäft integrieren – und wird entsprechende Fachkräfte und Mitarbeiter_innen dafür brauchen. Nachhaltige Berufsbilder bekannter zu machen, ist also notwendiger denn je!

Johanna Ernst
Projektmitarbeiterin bei
UnternehmensGrün



Über das Projekt

„mach Grün!“ ist ein Umweltbildungsprojekt, welches im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BBNE) durchgeführt und durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Europäischen Sozialfonds gefördert wird.

Im Zeitraum von 2019 bis 2022 werden insgesamt 18 mehrtägige Workcamps in den drei Bundesländern Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen angeboten. Das Ziel ist, junge Menschen in ihrer Berufsorientierungsphase für die grüne Seite, vor allem der Handwerksberufe, zu begeistern.

Das Projekt wird gemeinsam von LIFE e.V., Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, UnternehmensGrün e.V., VSB gGmbH und ZebiO e.V. durchgeführt. Weitere Infos unter: www.machgruen.de.

Nachhaltig bauen in Bremen

Nicht nur, aber auch in Bremen wird derzeit viel gebaut. Hierbei hebt sich das Projekt „Stiftungsdorf Neuer Ellener Hof“ der Bremer Heimstiftung durch seinen quartiersorientierten Ansatz deutlich von den zahlreichen anderen Neubau-Projekten in Bremen ab. André Vater berichtet.

Auf dem über 9 ha großen, städtisch gelegenen Gelände des Ellener Hofes, der seit 1846 in unterschiedlichen Formen für Zwecke der Jugendhilfe genutzt wurde, findet ein grundlegender Konversionsprozess statt. Gerne hat die Bremer Heimstiftung dieses in weiten Teilen brachliegende Gelände von einem sich auflösenden Verein übernommen und eine Nutzung als sozial-ökologisches Quartier konzipiert. Als Stiftung in der „Rechtsform für die Ewigkeit“ hält die Heimstiftung Immobilien grundsätzlich im Bestand, die Veräußerung von Grundeigentum ist daher keine Option. Um dennoch genügend Protagonisten für ein zeitnahes und zeitgleiches Bauen auf diesem großen Gelände zu gewinnen, werden die Grundstücke über Erbbaurechte zur Nutzung vergeben.

Ziel ist, neben der Schaffung von 500 Wohneinheiten für ca. 1.000 neue Bewohner dieses Quartiers, zahlreiche soziale Träger mit unterschiedlichsten Angeboten zu etablieren. So unterstreichen ein Hindu-Tempel, ein alter Bauernhof mit einer Wohngruppe für junge Menschen mit Beeinträchtigungen, ein integrativ betriebenes Hostel, eine Kindertagesstätte und ein Studierendenwohnheim die Lebendigkeit des Quartiers. Durch mehrere Baugemeinschaften beteiligen sich besonders gestaltungswillige Menschen am Quartierleben. Zentraler Bestandteil des Quartiers wird ein Bildungscampus mit Kultur-Aula, Volkshochschule, Musikschule, Fachschule für Pflegeberufe und einem sozialwirtschaftlichen Fortbildungsinstitut.

Neben der sozialen Vielschichtigkeit waren Nachhaltigkeit und Umweltschutz die wesentlichen Planungsprämissen für das neue Quartier. Schnell war klar, dass alle Gebäude nachhaltig

in holzbauweise erstellt werden. Gesucht wurde ein nachwachsender Rohstoff mit guter CO₂-Bilanz, wird doch gegenüber konventionellen Bauweisen mit Holz 50 % weniger CO₂ freigesetzt. Die Gebäude wurden während der Planung in ihrem gesamten Lebenszyklus betrachtet – alle Konstruktionen sollen daher demontierbar sein. Dies heißt, dass im Falle eines Abrisses die Holzkonstruktion komplett rezykliert und zurück in den natürlichen Stoffkreislauf geführt werden kann. Entgegen ursprünglicher Bedenken ist auch der Geschosswohnungsbau bis zu sieben Geschossen kein konstruktives Problem.

Im Zuge der ökologischen Ausrichtung des neuen Quartiers kommt der umweltfreundlichen und energieeffizienten Versorgung aller Gebäude eine hohe Bedeutung zu. Eine Kombination aus Fernwärme und Gas versorgtem Blockheizkraftwerk ermöglicht letztlich eine Nahwärmeversorgung die sicher, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich ist. Der Primärenergiefaktor gemäß EnEV beträgt 0,4. Dies ermöglicht Gebäude in KfW 40-Bauweise zu vertretbaren Herstellungskosten und die Nutzung von KfW 40-Darlehen mit entsprechenden Tilgungszuschüssen für alle Bauherren.

Der Autoverkehr im Quartier wird beschränkt, gefragt sind alternative Mobilitätskonzepte, z. B. Carsharing und Stromtankstellen. Dank eines namhaften Förderbetrages wird das Quartier das zweite fahrradfreundliche Quartier Bremens. Auf dem Gelände werden über 300 Fahrradplätze realisiert, die Kreuzung einer benachbarten 4-spurigen Straße wird fahrradfreundlich ausgebaut und in einem historischen Gebäude wird eine von einem Beschäftigungsträger betreute



Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt realisiert. Zur Vermeidung von Kfz-Verkehr im Quartier wird noch in diesem Jahr eine Paketsammelstation in Betrieb genommen. Kleinlaster der Paketzusteller steuern künftig die am Rand des Quartiers gelegene Paketsammelstation an. Von dort aus werden die Pakete durch die Klienten eines Beschäftigungsträgers mit elektrischen Lastenfahrrädern direkt an die Haushalte ausgeliefert. Hierzu flankierend wird in dem neuen Quartier ein gefördertes Projekt zur Sensibilisierung für klimabewusstes Handeln im Alltag gemeinsam mit dem BUND realisiert.

Abschließend ist selbstverständlich, dass die grundlegende städtebauliche Planung um den bestehenden und erhaltungswürdigen Baumbestand herum erfolgte. Neue Bewohner des Quartiers ziehen somit in die direkte Nachbarschaft eines über 100 Jahre alten Baumbestandes.

André Vater ist Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Weitere Infos unter www.bremer-heimstiftung.de

Drei Fragen an Eva Liedtjens, Coach e.V.

Coach e.V. in Köln berät, begleitet und fördert junge Menschen sowie Familien mit Zuwanderungsgeschichte für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft. Nachhaltigkeit unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Ein Projekt in diesem Rahmen war das Ferienprogramm „Exchange for Future“ mit türkischen und deutschen Jugendlichen.

Wir sprachen mit der Leiterin des Projektes, Eva Liedtjens. Weitere Informationen unter www.coach-koeln.de



Frau Liedtjens im Sommer haben Sie gemeinsam mit anderen Experiment e.V. ein deutsch-türkisches Ferienprogramm unter dem Motto „Exchange for future“ veranstaltet. Wie kam diese Idee zustande?

Bereits seit einigen Jahren organisieren wir jährlich ein deutsch-türkisches Ferienprogramm mit dem Ziel, junge Menschen aus beiden Ländern in den Austausch zu bringen und für gesellschaftliches Engagement zu begeistern. Bereits in den vorherigen Programmen haben wir Vereine und Organisationen in Köln besucht, welche sich durch unterschiedliches Engagement auszeichnen. Vom interkulturellen Begegnungszentrum bis hin zum Einkaufsladen für gerettete Lebensmittel, haben wir gemeinsam unterschiedliche Themen aktiv erfahren und diskutiert. Insbesondere das Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz hat viel Interesse gefunden. Auch die immer größer werdende „Fridays for Future“ Bewegung zeigt, dass insbesondere junge Menschen sich für den Erhalt einer lebenswerten Zukunft einsetzen. Neben lokalem Engagement ist auch ein interkultureller Austausch und ein voneinander Lernen wichtig, um unsere globalen Probleme anzugehen. So hatten wir die Idee uns unter dem Motto „Exchange for Future“ eingehend mit den von der UN vereinbarten Nachhaltigkeitszielen (SDGs) zu befassen. Neben inhaltlichen Workshops und Diskussionen rund um die Nachhaltigkeitsziele haben wir unser Programm mit dem Besuch eines Energiemuseums und verschiedener Organisationen in den Bereichen nachhaltiger Konsum, Klima- und Naturschutz vervollständigt.

Welches Fazit können Sie ein paar Wochen später ziehen? Welche Erfolge haben Sie mit den jungen Menschen bzgl. des Themas „Nachhaltigkeit“ erreicht?

Ich war begeistert zu sehen, auf welches großes Interesse – aber auch Wissen – das Thema „Nachhaltigkeit“ bei den Jugendlichen stößt. Natürlich setzte die Teilnahme an dem Programm bereits ein gewisses Interesse voraus. Dennoch hat mich insbesondere bei der Einführung in die UN-Nachhaltigkeitsziele und die Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit das fachliche Wissen teilweise erstaunt. Schön war aber auch zu sehen, dass zum Beispiel der Besuch eines „Zero Waste Cafés“ eine Teilnehmende dazu angeregt hat, dieses Konzept auch in ihrem Herkunftsort anzuregen. Die Jugendbegegnung war insbesondere auf der zwischenmenschlichen Ebene ein voller Erfolg. Neben dem inhaltlichen Austausch sind internationale Freundschaften entstanden. Der Abschied der Teilnehmenden untereinander war bewegend aber auch vielversprechend. Auch Wochen nach dem Programm gibt es noch Kontakt zwischen den Teilnehmenden. Man informiert sich untereinander über andere Austauschformate und über Möglichkeiten, sich auch in den jeweiligen Ländern für die besprochenen Themen zu engagieren. Wie „nachhaltig“ diese Freundschaften und die Motivation sich für unseren Planeten einzusetzen sein werden, wird die Zukunft zeigen. Aber diese jungen Menschen können einigebewegten.

Allgemeiner gefragt: „Welche Unterschiede im Blick auf Nachhaltigkeit zeigten sich innerhalb der zwei Gruppen?“

Das ist etwas schwierig zu beantworten. Sicherlich gibt es Unterschiede in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und auch in der Bewertung von Themen wie Umwelt- oder Klimaschutz in den beiden Ländern, Deutschland und der Türkei. Doch bei unseren Teilnehmenden gab es bei dem Bewusstsein über die Wichtigkeit von Nachhaltigkeit keine großen Unterschiede. Es wurde jedoch deutlich, dass für die Teilnehmenden einige der Nachhaltigkeitsziele in dem einen oder dem anderen Land noch nicht genügend verfolgt werden. Neben Umweltschutz, wurde viel über die Ziele Bildungsqualität, Reduzierung von Armut und Ungleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter diskutiert. In der Diskussion wurde deutlich, dass es in beiden Ländern noch einiges zu tun gibt. Wir haben über Vorurteile gesprochen, über positive und negative Beispiele der Umsetzung in den beiden Ländern. Deutlich wurde jedoch, dass sich die Möglichkeiten und Formen des Engagements für Nachhaltigkeit in beiden Ländern unterscheiden. Demonstration auf der Straße für eine nachhaltige Zukunft, seit der Umweltbewegung in den 70ern in Deutschland ist fast schon Tradition, sind in der derzeitigen Türkei nicht einfach umsetzbar. Dafür engagieren sich jedoch zahlreiche andere Initiativen, welche sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Die Fragen stellte Philipp Meinert
Weitere Infos unter www.coach-koeln.de

Drei Fragen an Eva Kneiße, Umweltstation Jugendfarm Erlangen e.V.



Eva Kneiße ist Geschäftsführerin der Jugendfarm Erlangen. Die Jugendfarm Erlangen ist eine staatlich anerkannte Umweltstation mitten im Erlanger Meilwald. Auf dem 1,2 ha großem Gelände mit Tiergehegen, Reitplatz, Gartenflächen, Biotop, Feuerstellen, Bauspielbereich, Klettereinrichtungen und vielem mehr werden verschiedene Angebote der Jugendarbeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung für Kinder und Jugendliche zwischen 6-16 Jahren umgesetzt.

Unter dem Motto „Genug für Alle – für immer!“ hat sich die Jugendfarm Erlangen den Schwerpunkt Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gesetzt. Wie vermitteln Sie Kindern und Jugendlichen dieses komplexe Thema?

Unsere BNE-Projekte stellen die Förderung von Gestaltungskompetenz in einen noch stärkeren Fokus als unsere anderen Angebote. Sie vereinen möglichst mehrere verschiedene Themenfelder und behandeln interdisziplinär einen Aspekt der Nachhaltigkeit. Dazu erarbeitet eine Teilnehmergruppe über einen bestimmten Zeitraum hinweg möglichst selbstorganisiert ein bestimmtes Ziel. Im pädagogischen Vordergrund steht dabei mehr der Prozess als das Ergebnis – im Idealfall entsteht am Ende jedoch etwas, auf das alle Teilnehmer stolz sind und das für Dritte in irgendeiner Form von Nutzen ist.

Von Umweltbildung, über Naturerfahrung bis hin zur tiergestützten Pädagogik: Warum ist es so wichtig, Kindern und Jugendlichen Zugang zu diesen Erlebnisbereichen zu ermöglichen?

Man kann nur schützen, was man kennt und liebt – Ergebnisse aus der Entwicklungspsychologie bescheinigen bereits Kindern zwischen drei und sechs Jahren die Fähigkeit zu Perspektivwechsel und Empathie. Diese Fähigkeiten sind Grundvoraussetzungen für

einen Umgang mit Gestaltungssituationen in Natur und Umwelt, da Kinder lernen können, Bedürfnisse anderer Menschen oder anderer Lebewesen zu erkennen und zu beachten. Grundlagen für Einstellungen, Wissen und Werte können bereits in den ersten Jahren gelegt werden. Der Kontakt mit der Natur und Tieren und die entsprechende Vermittlung von Kenntnissen und Werten soll die Erkenntnis bringen: Mein Handeln hat Konsequenzen. Nicht nur für mich und mein Umfeld, sondern auch für andere. Ich kann etwas tun, um die Welt ein Stück zu verbessern. Ein solches Denken ist dringend notwendig, um Veränderungen anzustoßen und drängende globale Probleme wie den Raubbau an der Natur oder die ungleiche Verteilung von Reichtum anzugehen.

Im Libanon wird im kommenden Jahr die Waha Farm gebaut, nach dem Vorbild der Jugendfarm. Welche Bedeutung hat dieses Projekt?

Der Libanon ist neben Jordanien und der Türkei eines der drei wichtigsten Erstaufnahmelande syrischer Geflüchteter. In dem Land mit einer Fläche halb so groß wie das Bundesland Hessen leben zirka 4,5 Millionen Menschen, hinzu kamen bis zu 1,5 Millionen Syrer, die durch den Bürgerkrieg zur Flucht gezwungen waren. Das BMZ hat verschiedene Initiativen ge-

startet, um die Zivilgesellschaft der Aufnahmelande zu stärken und die Belange der Bevölkerung sowie der Geflüchteten zu unterstützen.

Die künftige „Waha-Farm“ wird für Kinder mit und ohne Behinderung, deren Familien und alle Menschen der Region offen sein und soll somit der Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung entgegenwirken und das Bewusstsein für die Belange von Menschen mit Behinderung in der libanesischen Gesellschaft fördern. Ebenso sollen Familien von Geflüchteten dort betreut werden und junge Syrer eine Arbeitsmöglichkeit finden. Einige libanesische Mitarbeiter*innen werden auf der Umweltstation Jugendfarm Erlangen in tiergestützter Pädagogik ausgebildet und damit befähigt, diese im Libanon völlig unbekannte Interventionsform dort anzuwenden und an andere Fachkräfte weiterzugeben.

Die Fragen stellte Janina Yeung

Weitere Infos unter
www.jugendfarm-er.de

Kommentar

Zwischen Vulnerabilität und Adaptation Migration im Kontext von Umweltveränderungen

Migrationsbewegungen können grob in zwei Gruppen unterteilt werden: freiwillige und unfreiwillige Migration. Unter freiwilliger Migration werden Migrationsbewegungen verstanden, die aus einer individuellen Motivation entstehen, zum Beispiel Personen, die an einem neuen Ort eine bessere wirtschaftliche Perspektive suchen.

Bei der unfreiwilligen Migration handelt es sich um Einzelpersonen oder Gruppen von Menschen, die durch ein bestimmtes Ereignis gezwungen werden, ein Gebiet zu verlassen, z.B. Bürgerkriege oder politische und religiöse Verfolgung.

Nicht zuletzt seit der Popularität der Fridays-for-Future-Bewegung sprechen sich verschiedene Expert*innen dafür aus, dass der Flüchtlingsbegriff auf andere Personengruppen erweitert wird. Unter anderem auch auf Menschen, die vor den Folgen von Umweltveränderungen fliehen müssen.

Eine solche Begriffserweiterung könnte jedoch unter den zurzeit herrschenden Umständen nicht sinnvoll eingeführt werden, da Migration und Flucht im internationalen Kontext eher als ein Sicherheitsproblem und nicht als eine humanitäre Verpflichtung gesehen werden. In der Praxis ist zudem nicht abschließend geklärt, welche Rolle Umweltveränderungen in der Ursachenkette von Migration spielen, mit

Ausnahme von einigen evidenten Fällen.

Die Unfähigkeit auf Veränderungen zu reagieren

Es steht außer Frage, dass die Ursachen des Klimawandels verringert werden müssen und auch, dass diese vor allem die ärmeren Regionen des Planeten am härtesten treffen. Wenn jedoch Menschen aufgrund von Kämpfen aus ihrem Land fliehen, die wegen der knapp gewordenen Ressource Wasser nach einer sehr langen Dürreperiode und damit als Folge des Klimawandels entstanden sind, fliehen sie vor der Gewalt in ihrem Land und nicht direkt vor der Trockenheit. Wenn Menschen ihr Land nicht mehr kultivieren können, sie wegen der Versalzung der Böden aufgrund des Anstieges des Meeresspiegels fliehen, fliehen sie nicht wegen der Versalzung an sich, sondern vor der Armut und wegen der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Umstände.

So ist in vielen Fällen die Unfähigkeit auf bestimmte Veränderungen reagieren zu können, die sogenannte Vulnerabilität und nicht die Umweltveränderung an sich der direkte Grund für die Flucht der Menschen. Wer genug Ressourcen hat und politisch reagiert, kann Deiche bauen wie in Holland, kann Wasser importieren wie in den Emiraten oder kann auch saubere En-

ergiequellen im großen Stil implementieren wie in Skandinavien.

Lokale Bevölkerung mit Ressourcen ausstatten

Daher sollte es aus dieser Perspektive vor allem darum gehen, die lokale Bevölkerung, wenn möglich, mit genügend Ressourcen auszustatten, um mit den Folgen des Klimawandels adäquat umgehen zu können – sogenannte Adaptation. Die Erhöhung der Anpassungsfähigkeit bestimmter Regionen ist eine der wichtigsten Aufgaben im Umgang mit dem Klimawandel und sollte eine der obersten Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit werden, unter der Voraussetzung, dass lokale Bevölkerungen in das Design und die Implementierung von Programmen eingebunden werden. Es wurden schon verschiedene Erfahrungen in diesem Feld gesammelt, nun geht es darum, diese zu evaluieren und zu erweitern. Auf globaler Ebene sind bereits die Ressourcen und Technologien dafür vorhanden, es fehlt bisher nur der Wille zur Umverteilung.

Aufnahme von Menschenkontingenten fördern

Ein weiterer Schwerpunkt sollte zudem sein, nationale Mechanismen für die Aufnahme von Menschenkontingenten zu fördern. Hierzu gibt es bereits Erfahrungen, wie das Statut des temporären Schutzes für Migrant*innen in den USA, welche die Einreise von 57.000 Menschen aus Nicaragua ermöglicht hat, nachdem Hurrikan Mitch dort im Jahr 1998 verheerende Zerstörungen verursacht hat. Ein anderes Beispiel ist die Aufnahme Neuseelands bestimmter kleine Kontingente von Geflüchteten aus der Tuvaluinseln, die ihre Existenzgrundlage aufgrund des Anstieges des Meeresspiegels verloren haben. Auch Deutschland könnte und sollte solche Programme einführen.

Sergio Andrés Cortés Núñez ist Referent für Migrationssozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband



Paritätischer stellt Expertise zum Bildungs- und Teilhabepaket vor

Nur jedes siebte Kind der 6- bis unter 15-Jährigen im Hartz-IV-Bezug profitiert von den Teilhabeleistungen für beispielsweise Musikunterricht oder Sportverein im sogenannten „Bildungs- und Teilhabepaket“. Die Leistungen für benachteiligte Kinder und Jugendliche seien in ihrer Höhe unzureichend und in der bestehenden Form schlicht nicht geeignet, Kinderarmut zu bekämpfen, Teilhabe zu ermöglichen und Bildungsgerechtigkeit sicherzustellen, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband. Nach einer aktuellen Expertise der Paritätischen Forschungsstelle profitierten zuletzt weniger als 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler unter 15 Jahren im Hartz-IV-Bezug von den Teilhabeleistungen, mindestens 85 Prozent der Leistungsberechtigten wurden in der Praxis dagegen nicht erreicht. Notwendig sei die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Angebote der Jugendarbeit im Kinder- und Jugendhilfegesetz und die Einführung einer bedarfsgerechten, einkommensabhängigen Kindergrundsicherung.

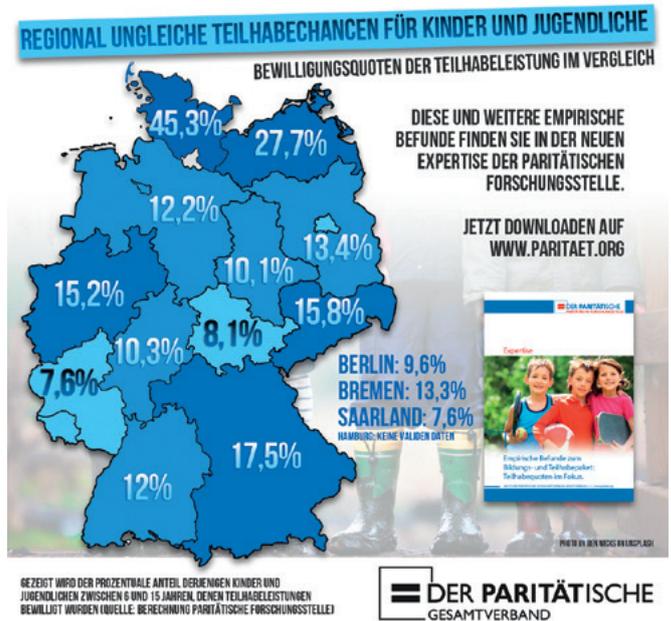
Die Studie der Forschungsstelle belegt deutliche regionale Unterschiede der Bewilligungsquoten, insgesamt sei aber in einem Großteil der Kommunen die durchschnittliche Quote bewilligter Anträge und festgestellter Ansprüche noch immer „niederschmetternd gering“. „Das Bildungs- und Teilhabepaket ist und bleibt Murks und geht komplett an der Lebensrealität Heranwachsender und den Strukturen vor

Ort vorbei. Dieses Paket ist durch Reparaturen nicht zu retten. Es ist Zeit, sich von dem verkorksten Bildungs- und Teilhabepaket endlich zu verabschieden“, fordert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Die bisherigen Reformen im Kampf gegen Kinderarmut bezeichnete der Paritätische Gesamtverband als „Stückwerk“. Die im August mit dem so genannten „Starke-Familien-Gesetz“ in Kraft getretenen Verbesserungen beim Bildungs- und Teilhabepaket seien allenfalls „Trostpflaster“ gewesen, aber keine zufriedenstellende Lösung.

Rückenwind bekommt der Paritätische durch das Bundesarbeitsministerium, das angekündigt hat, die umstrittenen Teilhabe-Gutscheine abschaffen zu wollen und durch eine pauschale Auszahlung von 15 Euro pro Monat zu ersetzen. Auch der Vorschlag des Verbandes nach Einführung eines verbindlichen Rechtsanspruchs auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz wird von Seiten des Ministeriums inzwischen unterstützt und hat Eingang in die Handlungsempfehlungen des BMAS-Zukunftsdialogs gefunden. „Es

geht darum, Angebote für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen, die sie in ihrer Entwicklung fördern“, so Schneider. „Die bisherigen Teilhabeleistungen sind davon abhängig, dass es vor Ort überhaupt passende Angebote gibt. Nur ein Rechtsanspruch sorgt dafür, dass auch wirklich entsprechende Angebote vorgehalten werden und jedes Kind, unabhängig von seinem Wohnort, bestmöglich in seiner Entwicklung gefördert wird.“

Die vorliegende Expertise des Paritätischen unterstreicht den akuten Handlungsbedarf. „Wir hoffen, dass die Bundesregierung den Rat der Expert*innen ernst nimmt und sich nun zügig an die Umsetzung macht“, so Schneider.



BOSS&S

Der Partner für die Digitalisierung in der Pflege

www.boss-software.de

SONDERKONDITIONEN FÜR MITGLIEDER DES PARITÄTISCHEN

BESTER SERVICE ZUM ATTRAKTIVEN PREIS

030 / 60 98 111-20

Ein Unternehmen der NOVENTI Group

Der Paritätische fordert wirksame Maßnahmen zur Mietpreisbegrenzung

Der Paritätische Wohlfahrtsverband betrachtet die immer weiter steigenden Mieten besonders in deutschen Großstädten mit Sorge. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die durchschnittlichen Mieten in Deutschland um 12 Prozent, in den Metropolen sogar um bis zu 30 Prozent. Der Verband befürchtet, dass sich die ohnehin bereits schwierige Situation für Geringverdienende und Arbeitssuchende weiter verschlechtert.

„Der traurige Trend der vergangenen Jahre setzt sich fort. Die Mietwohnung wird vielerorts zum echten Armutrisiko“, stellt Ulrich Schneider fest, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Der ungebremste Mietanstieg treffe dabei bestimmte Gruppen besonders hart: Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung, die eine barrierefreie Wohnung suchen, Studierende, Alleinerziehende und kinderreiche Familien, Ausländer*innen. „Es sind die, die es ohnehin schwer haben, die zu den großen Verlierer*innen auf dem hart umkämpften Wohnungsmarkt gehören“, so Schneider. „Wenn wir es als Wohl-

fahrtsverband mittlerweile kaum noch schaffen, für Frauen in Frauenhäusern oder für Jugendliche aus Einrichtungen der Jugendhilfe dringend benötigte Wohnungen zu finden, dann müssen alle Alarmlampen angehen.“

Besonders alarmierend sind aus Sicht des Paritätischen die großen Diskrepanzen bei den Mietbelastungsquoten, die das Statistische Bundesamt ebenfalls ermittelt hat. So muss ein Haushalt mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro im Durchschnitt fast die Hälfte für die Miete aufwenden, während ein Haushalt mit über 6.000 Euro nur 13 Prozent aufwendet. Schneider: „Bei Geringverdienenden kann jede Mieterhöhung den Wohnungsverlust bedeuten. Angesichts vieler unsozial handelnden Immobilienkonzerne und einer inkonsequenten Wohnungspolitik ist die Angst vor Wohnungslosigkeit stille Untermieterin in vielen Wohnungen.“

Der Paritätische Gesamtverband fordert von der Politik stärkere Anstrengungen, um mehr Menschen vor dem seit Jahren grassierenden Mietensinn zu schützen. Notwendig seien

vor allem wirksame Instrumente zur Begrenzung der Mietpreise. Die Mietpreisbremse müsse endlich scharf gemacht werden. Die großen Metropolen sollten gegebenenfalls auch über einen Mietpreisdeckel nach Berliner Muster nachdenken, empfiehlt der Verband. Darüber hinaus fordert der Paritätische die Schaffung von dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen, die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit, eine sozial gerechte Bodenpolitik sowie einen besseren Zugang für unterprivilegierte Bedarfsgruppen zu Wohnungen. Die Kosten der Unterkunft und Energiekosten müssten bedarfsgerecht erhöht werden. Auch die Vergesellschaftung von Grund und Boden dürfe kein Tabu sein.



Wohnen für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung

Mit seinem Pilotprojekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“ hat sich der Paritätische Gesamtverband im Jahr 2014 auf den Weg gemacht, Impulse zur Inklusion von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im Bereich Wohnen zu geben. Innerhalb der fünfjährigen Laufzeit konnte das Thema Wohnen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und diskutiert werden. Auf lokaler Ebene wurde das Projektvorhaben an vier Modellstandorten umgesetzt. Mithilfe von Befragungen und im Austausch mit Expert*innen in eigener Sache, sozialen Organisationen, Politik, Wissenschaft und Wohnungswirtschaft wurden Barrieren und Ressourcen im Bereich Wohnen für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung identifiziert und Gestaltungsbedarfe abgeleitet.



Das Modellprojekt erstreckt sich über einen Zeitraum von insgesamt fünf Jahren. Dieser endet am 31. Oktober 2019. Ermöglicht wurde das Projekt durch die finanzielle Förderung der Aktion Mensch Stiftung.

Die Erfahrungen aus dem Projekt zeigen die große Bedeutung des Themas Wohnen für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung. Der Mangel an

preiswertem Wohnraum gepaart mit vorhandenen Vorurteilen führen für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung zu deutlicher Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt. Im verabschiedeten Positionspapier formuliert der Paritätische in folgenden Handlungsfeldern Gestaltungsbedarfe, die sich aus der Arbeit im Projekt ableiten lassen:

1. Adäquaten und bezahlbaren Wohnraum schaffen.
2. Gleichberechtigten Zugang zu Wohnraum schaffen.
3. Wohnraum erhalten, Wohnungsverlust vermeiden.
4. Inklusiven Sozialraum gestalten.

Mehr zum Thema unter:
www.wohnen.paritaet.org

Kindertagesbetreuung: Eine Million neuer Betreuungsplätze notwendig

Der Paritätische warnt vor einem Betreuungsnotstand in Kitas und Horten, sollten nicht zügig die Weichen für bessere Rahmenbedingungen im Erzieher*innenberuf gestellt und eine verlässliche Finanzierung der Angebote garantiert werden. Der bereits jetzt akute – und kürzlich erst von der Bertelsmann-Stiftung konstatierte – Personalmangel in der Kindertagesbetreuung droht sich in den kommenden fünf Jahren massiv zu verschärfen: Laut Schätzungen des Verbandes sind mindestens eine Million zusätzliche Betreuungsplätze in Kitas und Horten notwendig, um Qualität, Bedarf und Rechtsansprüchen gerecht zu werden. „Es werden mehr Kinder geboren und die Nachfrage nach passgenauen Betreuungsangeboten wächst stetig. Der Kita-Ausbau muss daher weiter vorangetrieben werden – nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ“, so Marion von zur Gathen, Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit beim Paritätischen Gesamtverband. Nicht nur im vorschulischen Bereich, sondern auch in der Betreuung von Schulkindern müsse sich zügig etwas bewegen. „Wenn der von der Großen Koalition angekündigte Rechtsan-

spruch auf Betreuung auch für Schulkinder nicht zur Farce geraten soll, müssen jetzt die notwendigen neuen Plätze geschaffen werden.“ Der Paritätische geht von einem Platzbedarf in Höhe von mittelfristig mindestens einer Million zusätzlicher Plätze in Kitas und Horten aus. Insgesamt flössen zu wenig Mittel in die nachhaltige und strukturelle Stärkung des Betreuungssystems, so die Kritik. Ein Großteil der Mittel aus dem sogenannten „Gute-Kita-Gesetz“ werde lediglich zur Refinanzierung einer allgemeinen Beitragsbefreiung eingesetzt, nicht aber für notwendige Verbesserungen der Qualität und der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte. Um mehr Menschen für eine Ausbildung als Erzieher*in zu begeistern und Fachkräfte auch dauerhaft in dem Beruf zu halten, seien aber auch Investitionen notwendig. „Ohne ein großes finanzielles Engagement des Bundes werden die anstehenden Aufgaben nicht zu bewältigen sein. Es braucht endlich solide Lösungen, wie sich der Bund dauerhaft und verlässlich an den Kosten frühkindlicher und schulischer Betreuungsangebote beteiligen kann“, so von zur Gathen.

Hartz IV: Paritätischer fordert 582 Euro Regelsatz

Zum 1.1.2020 werden die Hartz-IV-Regelsätze um acht Euro auf 432 Euro. Aus Sicht des Paritätischen ist diese Erhöhung absolut unzureichend. Nach Berechnungen der Forschungsstelle des Paritätischen müssten die Regelsätze auf mindestens 582 Euro erhöht werden.

Der Paritätische hat der Bundesregierung wiederholt manipulative Eingriffe in die statistischen Berechnungen nachgewiesen, die aktuell zu einer massiven Unterdeckung der Regelsätze in Hartz IV führen. Ohne jegliche Korrektur werden die viel zu niedrigen Regelsätze nun schlicht entsprechend der Preis- und Lohnentwicklung ein weiteres Jahr fortgeschrieben. „Wenn die Bundesregierung das Existenzminimum ermittelt, dann fragt sie nicht, ‚Was braucht der Mensch zum Leben?‘, sondern sie vergleicht, wieviel Geld die Ärmsten in unserer Gesellschaft im Monat etwa ausgeben. Dieses Vorgehen wirkt seriös und wissenschaftlich fundiert – leidet aber an massiven Defiziten“, erläutert Dr. Andreas Aust von der Paritätischen Forschungsstelle. So gut wie alle Ausgaben, die mit gesellschaftlicher Teilhabe zu tun haben, seien zudem als „nicht regelsatzrelevant“ gestrichen oder massiv gekürzt worden. „Letzteres gilt etwa für die Bereiche Mobilität, Freizeit und Kultur oder Gaststättenbesuche. Auch die Anschaffung eines gebrauchten Kühlschranks wird zur Herkulesaufgabe: fünfeinhalb Jahre müsste ein Hartz-IV-Berechtigter den dafür vorgesehenen Anteil im Regelsatz sparen, um dann bescheidene 112 Euro für einen alten Kühlschrank ausgeben zu können.“

In Kürze steht auf Basis neuer Statistiken eine neue Ermittlung der Regelbedarfe an. Der Paritätische wird sich für eine Korrektur stark machen. „Wir brauchen eine transparente, methodisch saubere Ermittlung des menschenwürdigen Existenzminimums“, so Aust.



Ein voller Erfolg: Unser Vorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock stellte am 29.08. 2019 in Berlin während der Pressekonferenz vor zahlreichen Journalist*innen den Paritätischen Jahresbericht „Mit Sicherheit sozial“ vor.

20 Jahre Insolvenzverfahren – ein Rück- und Ausblick

1999 wurde die Insolvenzordnung eingeführt, die Privatpersonen erstmals ermöglichte, insolvent zu gehen, damit aus der Schuldenfalle raus zu kommen und einen Neustart machen zu können. Der Rechtsanspruch auf Schuldbefreiung mit einem klar geregelten gerichtlichen Verfahren war einmalig und ist ein Grund zu feiern. Menschen geraten aus den unterschiedlichsten Gründen in Überschuldungssituationen – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Trennung/ Scheidung sind die häufigsten Auslöser für Überschuldung. Mit dem Insolvenzverfahren wurde ein wichtiges Instrument geschaffen, um diese Lebenssituation auch wieder überwinden zu können.

Nach dem Inkrafttreten der Insolvenzordnung 1999 wurden zunächst nur wenige Verfahren eröffnet – Grund dafür war, dass die Überschuldeten die Verfahrenskosten tragen mussten. Damals immerhin 3.000 DM, die als Vorschuss beim Gericht eingezahlt werden mussten. Eine hohe – für viele zu hohe – Hürde! 2001 wurde dann die

Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten eingeführt – was die Anzahl der eröffneten Verfahren deutlich steigen ließ, 2010 lag die Zahl bei über 100.000 eröffneten Verfahren. Heute hat sich die Zahl der eröffneten Verfahren bei um die 65.000 eingependelt.

So wichtig die gesetzliche Regelung eines Insolvenzverfahrens für Verbraucher*innen war, so wichtig ist aus Sicht der Schuldnerberatung zu betonen, dass dieser Weg nicht für alle Schuldner*innen der Beste ist – das Insolvenzverfahren ist standardisiert und bietet keine Möglichkeit für bedarfsgerechte, individuelle Lösungen. Für manche Schuldner*innen ist der außergerichtliche Einigungsversuch der bessere Weg oder das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren – immer in enger Begleitung durch die Soziale Schuldnerberatung. Es gilt auch diese Verfahrenswege offen zu halten und zu stärken. Insolvenzberatung ist ein Werkzeug im Werkzeugkasten der Sozialen Schuldnerberatung.

Eine gerade wieder geöffnete Baustelle im Insolvenzverfahren ist die Restschuldbefreiung. Bei Einführung der Insolvenzordnung war eine Erteilung der Restschuldbefreiung – als zentrales Instrument des Verfahrens – erst nach sieben Jahren möglich, heute liegt die Frist bei sechs Jahren. Aktuell gibt es aber von europäischer Seite Bemühungen diesen Zeitraum europaweit anzupassen – was auf eine Restschuldbefreiung nach drei Jahren hinaus liefe. Dies begrüßen wir aus der Schuldnerberatung ausdrücklich.



Mara Dehmer ist Referentin für Kommunale Sozialpolitik beim Paritätischen Gesamtverband

Buchbesprechung

Uwe Schwarze, Heinrich Wilhelm Buschkamp, Alexander Elbers: *Geschichte der Schuldnerhilfe in Deutschland – Varianten und Entwicklungspfade aus Perspektive der Sozialen Arbeit* (Beltz Juventa)

Selbst wenn man jahrzehntelang als Schuldnerberater*in tätig war und ist, hat man ein Buch wie dieses noch nicht in den Händen gehabt. Eine Geschichte der Schuldnerhilfe und darauf aufbauend der Schuldnerberatung in Deutschland wurde bisher noch nicht vorgelegt. Die Autoren, alle drei seit lan-



ger Zeit im Thema Schuldnerberatung verortet, bieten eine Zeitreise durch die Entwicklung der Hilfe für ver- und überschuldete Menschen. Uwe Schwarze, Professor an der HAWK Hildesheim und seit langem zu Schuldnerberatung forschend, führt die Leser*in aus der Antike über das Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert und stellt die Entwicklung und unterschiedlichen Formen der Schuldnerhilfe dar. Heiwi Buschkamp, früherer Fachberater Schuldnerberatung des Paritätischen NRW, zeigt die Entwicklung der modernen Schuldnerberatung als spezialisiertes Arbeitsfeld der sozialen Arbeit von den Anfängen in den 70er Jahren bis zur Gegenwart auf. Die Geschichte der Insolvenzordnung von den Anfängen der Diskussion 1975 über das Inkrafttreten des Gesetzes 1999 und die nachfolgenden Reformen bis zum heutigen Zeitpunkt („nach der Reform ist vor der Reform ...“) präsentiert Alex Elbers, ebenfalls seit langem beim Paritätischen NRW

tätig und ausgewiesener InsO-Experte. Das Buch ist gut geschrieben und mit hohem Erkenntnisgewinn lesbar. Es ist für langjährig in der Schuldnerberatung Tätige als Teil der eigenen Geschichte spannend, aber auch für jüngere Kolleg*innen, die sich für die Historie ihres Fachgebietes interessieren. Wer weiss zum Beispiel schon, dass erste Schuldenerlasse aus dem alten Sumer vor über 2.000 Jahre v. Chr. dokumentiert sind? Dass erste Schuldnerberatungsstellen in der Bundesrepublik ab 1973 bestanden? Oder dass 1989 das erste Mal die Bundesregierung Elemente des Verbraucherinsolvenzverfahrens vorlegte? Ein gelungenes Buch, bei dem man sich fragt, warum es erst jetzt geschrieben wurde.

Wolfgang Lippel (63) im 34. Jahr als Schuldnerberater beim Paritätischen Niedersachsen in Nienburg/Weser tätig und Leiter des AK Schuldnerberatung des Verbandes

Neue Pflegeausbildung: Paritätischer unterstützt Ausbildungsoffensive Pflege

In Deutschland fehlen nach letzten Erhebungen derzeit über 100.000 Pflegekräfte. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat deshalb eine Informations- und Öffentlichkeitskampagne zu den neuen Pflegeausbildungen gestartet. Der Paritätische ist Partner der Ausbildungsoffensive Pflege (2019 – 2023).

Im Jahr 2020 startet die neue generalistische Pflegeausbildung. Es werden die bisherigen Berufsausbildungen der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einer generalistischen Ausbildung mit dem Berufsabschluss „Pflegefachfrau“ bzw. „Pflegefachmann“ zusammengeführt. Damit werden die Auszubildenden zur Pflege von Menschen aller Altersstufen in allen Versorgungsbereichen (im Krankenhaus, im Pflegeheim und ambulant in der eigenen Wohnung) befähigt. Nach dem Abschluss der generalistischen Ausbildung ist ein Wechsel innerhalb der pflegerischen Versor-

gungsbereiche jederzeit möglich. Zudem ermöglichen zahlreiche Fort- und Weiterbildungen sowie verschiedene Pflegestudiengänge, die zum Teil auch



ohne Abitur absolviert werden können, eine kontinuierliche Karriereentwicklung. Aufgrund der automatischen

Anerkennung des generalistischen Berufsabschlusses gilt dieser auch in anderen Mitgliedsstaaten der EU.

Die Kampagne wurde im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) festgelegt und verfolgt das Ziel, die Chancen und Vorteile der neuen Pflegeausbildung in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Zum Kampagnenstart werden Starterpakete an 30.000 Einrichtungen (Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegedienste, Pflegeschulen) mit ersten Kampagnenmaterialien versandt. Hierzu gehören 3 Plakate A 2, 9 Postkarten und 9 Sticker, die die Einrichtungen vor Ort einsetzen können. In den Starterpaketen wird zudem die Möglichkeit angekündigt, weitere Materialien über die Webseite www.pflegeausbildung.net bestellen zu können. Einige Materialien auf der Webseite können zur Präsentation als auszubildende Einrichtung individualisiert werden. So kann gleichzeitig für die Ausbildung und für die Einrichtung geworben werden.

Pflegefinanzierung: Pflegedeckel und Bürgerversicherung

Der Paritätische hat in der von Familien-, Pflege- und Arbeitsministerium initiierten Konzentrierten Aktion Pflege mitgearbeitet. Nicht erst dort ist der Verband für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege – insbesondere der Entlohnung – eingetreten. Gleichzeitig wies er stets darauf hin, dass dabei die Frage der Refinanzierung nicht ausgeklammert werden dürfe. In der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales zum Entwurf für ein Pflegegehälterverbesserungsgesetzes bekräftigte der Paritätische Ende Oktober die Forderung nach einem Gesamtkonzept zur Reform der Pflegefinanzierung. Kurzfristig sind nach Schätzungen des Verbandes etwa zehn Milliarden Euro in der Pflege zusätzlich pro Jahr erforderlich, um notwendige Reformen und bessere Arbeitsbedingungen zu finanzieren, ohne die Pflegebedürftigen und

ihre Angehörigen weiter zu belasten. „Es muss ein Gesamtpaket geschnürt werden, dass eine angemessene Bezahlung der Pflege(hilfs)kräfte und deren Refinanzierung ohne Belastung der Pflegebedürftigen sicherstellt. Die berechtigten Interessen von Pflege(hilfs)kräften und Pflegebedürftigen dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden“, schreibt Verbandsgeschäftsführer Werner Hesse in der Paritätischen Stellungnahme zur Anhörung. Der Paritätische fordert den Umbau des bestehenden Finanzierungssystems zu einer solidarischen Bürgervollversicherung. Darüber hinaus braucht es eine wirksame Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen für Pflegeleistungen. Laut aktueller Daten des Verbandes der privaten Krankenversicherung müssen Pflegebedürftige für einen Heimplatz immer mehr aus eigener Tasche bezahlen, die Eigenbetei-

ligung liegt im Bundesdurchschnitt bei fast 1930 Euro. Schon heute ist es so, dass die Rente meist nicht reicht, um die anfallenden Kosten für die eigene Pflege zu stemmen. So liegt die durchschnittliche Rente für Neurentner*innen bei 874 Euro (West) bzw. 1019 Euro (Ost) und damit deutlich unter den durchschnittlich anfallendem Eigenanteilen für einen Heimplatz. Auch die Sozialhilfequote von fast 40 Prozent unter Pflegeheimbewohner*innen zeigt, dass die Pflegeversicherung bei der Absicherung der Pflege bisher kläglich versagt. Der Paritätische fordert daher eine klare Haltelinie. Es könne nicht sein, dass Menschen fast ihr Leben lang in die Pflegekasse einzahlen und am Ende trotzdem in der Sozialhilfe und in Armut landen, erklärt der Verband. 15 Prozent der Kosten sei das äußerste, was den Pflegebedürftigen an Eigenanteil zuzumuten sei.

Vorsitzender trifft Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration



Unser Vorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock war am 12. September 2019 mit weiteren Vertreter*innen der Wohlfahrt bei Annette Widmann-Mauz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Dabei entstand dieses schöne Bild.

Reihe vorn v.l.n.r.: Ulrich Lilie (Diakonie), Gerda Hasselfeldt (DRK), Annette Widmann-Mauz, Prof. Dr. Rosenbrock (Paritätischer Gesamtverband), Nadja Saborowski (DRK).

Reihe hinten v.l.n.r.: Katrin Gerdsmeyer (Caritas), Abraham Lehrer (zwst), Gerhard Timm (BAGFW), Brigitte Döcker (AWO)

Noch nie so aktuell wie heute: „Vielfalt, Toleranz, Offenheit“ 30 Jahre Grundsätze Paritätischer Verbandspolitik

Als die Mitgliederversammlung des Paritätischen Gesamtverbandes am 27. Oktober 1989 in Frankfurt am Main nach über 23-jähriger Diskussion ihre „Grundsätze der Verbandspolitik“ verabschiedete, war dies nichts wirklich Spektakuläres. Noch konnte keiner ahnen, wie wichtig und hoch politisch dieses Verbandsbekenntnis zu „Vielfalt, Toleranz und Offenheit“ 30 Jahre später einmal sein würden. Niemand konnte ahnen, dass der Gedanke der Gleichwertigkeit aller Menschen - ganz gleich welchen Geschlechts, welcher Herkunft, welcher Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung - einmal wieder so massiv infrage gestellt und so aggressiv attackiert würde wie heute. Was 1989 vor allem noch als Grundsätze des innerverbandlichen Umgangs miteinander formuliert wurde, sollte 30 Jahre später zum gesellschaftspolitischen Ideal und zum politischen Statement werden. In Zeiten, in denen die selbstverständliche Gleichheit aller Menschen in Würde und Ansehen von

Rechtsaußen wieder infrage gestellt wird, in Zeiten, in denen Rechtsradikale sich wieder offen positionieren gegen Ausländer, gegen den Islam oder das Judentum, gegen Homosexuelle oder auch gegen behinderte und obdachlose Menschen, werden Vielfalt, Toleranz und Offenheit zum gesellschaftspolitischen Gegenentwurf eines aufkeimenden Rassismus, Intoleranz und neuer Ideologien des Völkischen.

Die vor 30 Jahren verabschiedeten Grundsätze sind aktueller denn je. Sie einen den Verband nach innen und schärfen sein freiheitliches Profil. Sie geben zweifelsfreie Orientierung und Selbstvergewisserung in den Auseinandersetzungen mit jenen, denen aktuell unsere freiheitliche und tolerante Gesellschaft ein Dorn im Auge ist. Sei

es die klare, ablehnende Haltung gegen die AfD oder sei es das mitreißende Engagement für die Unteilbar-Bewegung: Es sind 30 Jahre gelebte Grundsätze des Paritätischen, die den Verband auf Kurs halten, Grundsätze, die in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie so offensichtlich wichtig waren wie heute.

Ulrich Schneider



Von links nach rechts: Prof. Dr. Gerhard Englert, Prof. Dr. Marianne Grewe-Partsch (†), Hauptgeschäftsführer Klaus Dörrie (†), Vorsitzender Prof. Dr. Dieter Sengling (†)



#KeinFussbreit in Berlin

Anlässlich des schrecklichen Terroranschlags in Halle am 9.10.2019 ging das #unteilbar-Bündnis am 13.10. in Berlin auf die Straße. Zwischen den mehreren Tausend Menschen waren auch wieder zahlreiche Paritätäter*innen vertreten.

Der Vorsitzende des Paritätischen, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, erklärte unmittelbar nach dem Anschlag: „Die scheußlichen Morde an der Synagoge in Halle machen uns fassungslos: der alte deutsche Antisemitismus lebt immer noch und fühlt sich ermuntert durch die neue Rechte. Die Antwort der Zivilgesellschaft: wir stehen zusammen gegen jede Form von Rassismus und für eine vielfältige, offene und tolerante Gesellschaft!“





#Unteilbar in Dresden



Eine Woche vor den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg versammelte sich am 24. August 2019 das #unteilbar-Bündnis, bei dem auch der Paritätische Mitglied ist, zu einer großen Demo gegen Hass und Ausgrenzung in Dresden. Zahlreiche Paritätler*innen reisten in die sächsische Landeshauptstadt und machten gemeinsam mit den Kolleg*innen des Landesverbandes und insgesamt rund 40.000 Demonstrierenden laut, bunt und kreativ auf sich und die Paritätischen Werte aufmerksam.





Aktuelle Positionen und Beschlüsse

Der Verbandsrat des Paritätischen ist das höchste Gremium zwischen den Mitgliederversammlungen. Er kommt drei mal im Jahr zusammen und bestimmt verbands-, finanz- und sozialpolitische Richtlinien und Positionen des Verbandes. Wir dokumentieren hier einige beschlossene Vorlagen von der Verbandsratssitzung vom 27. September 2019. Ebenfalls beschlossen wurde u.a. die Vorlage „Sozial-ökologische Wende – Paritätische Grundsätze erfolgreicher Klimapolitik“ (siehe auch S. 4/5). Aktuelle Positionierungen unter „Stellungnahmen“ auf www.paritaet.org.

Die Rechte von Menschenhandel Betroffener in Deutschland stärken!

Betroffene von Menschenhandel tauchen in den verschiedenen Paritätischen Mitgliedsorganisationen als Rat- und Unterstützungssuchende auf. Einzelne Mitgliedsorganisationen sind speziell in der Beratung und Unterstützung Betroffener von Menschenhandel tätig. Da Menschenhandel oftmals im Zusammenhang von Flucht und Migration stattfindet, hat der Paritätische Gesamtverband das Thema bisher in diesem Kontext aufgegriffen. Zudem ist der Paritätische Gesamtverband Mitglied in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Thema „Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“. Bislang fehlte jedoch eine Grundsatzpositionierung zum Thema.

In der nun beschlossenen Paritätischen Positionierung fordert der Paritätische entschlossene Maßnahmen, um gegen Menschenhandel und Ausbeutung vorzugehen und die Betroffenen besser zu unterstützen. Wesentlicher Reformbedarf wird vor allem im Bereich des Aufenthalts- und Sozialrechts sowie bei der Entschädigung der Betroffenen identifiziert. Zudem wird der Ausbau von Beratungs- und Hilfestrukturen gefordert. Notwendig seien insbesondere auch mehr Aufklärung und Fortbildungsangebote für Mitarbeitende in Justiz, Polizei, Behörden, Beratungsstellen und medizinischen Diensten.

Rechtsanspruch auf Nachqualifizierung zum Berufsabschluss

Weiterbildung ist der entscheidende Schlüssel, um den Wandel der digitalisierten Arbeitswelt zu gestalten und den Fachkräftebedarf zu decken. Zu

den Vorhaben gehört die Absicht, einen grundsätzlichen Anspruch auf Förderung der beruflichen Nachqualifizierung (Berufsabschluss) nach dem SGB II und III für Arbeitnehmer*innen ohne Berufsabschluss entsprechend der persönlichen Eignung sowie Arbeitsmarktorientierung zu schaffen. Der Paritätische spricht sich dafür aus, in den Sozialgesetzbüchern II und III einen Rechtsanspruch auf Förderung einer abschlussbezogenen Nachqualifizierung für geringqualifizierte Arbeitnehmer*innen und Arbeitslose zu schaffen.

Ausbildung für alle jungen Menschen ermöglichen!

Jedes Jahr macht der Berufsbildungsbericht deutlich, wie viele junge Menschen nach wie vor ohne Ausbildung und damit ohne nachweislichen Abschluss bleiben. Ausbildung und berufliche Qualifizierung sind wichtige Voraussetzungen auf dem Weg in ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben junger Menschen. Eine berufliche Ausbildung erhöht folglich nicht nur die Chance auf finanzielle Unabhängigkeit durch stabile Einmündung in den Arbeitsmarkt, sondern steht vielfach auch für eine gelingende Jugendphase. Vor diesem Hintergrund kommt dem Anspruch auf Berufsausbildung für alle jungen Menschen eine besondere Bedeutung zu. Der Paritätische hat Ansätze und Überlegungen entwickelt, wie diesem Anspruch zukünftig stärker Rechnung getragen werden kann. Vorrangig sollen alle Möglichkeiten im Regelsystem der beruflichen Ausbildung genutzt und gestärkt und die Unterstützungssysteme ausgebaut werden. Nötig sind darüber hinaus u.a. zusätzliche, strukturell unterstützte Ausbildungsplätze

durch Unternehmen und Bundesländer, aber auch mehr öffentlich geförderte Ausbildungen für Jugendliche mit erhöhtem Unterstützungsbedarf. Für Jugendliche, deren Unterstützungsbedarf mit Blick auf die Persönlichkeitsentwicklung groß ist, soll eine umfassende Ausbildungsförderung über die Jugendhilfe erfolgen.

Urteil zu Gemeinnützigkeit von Campact

Anfang 2019 hat der Bundesfinanzhof ein Urteil zur Gemeinnützigkeit von attac gefällt, das großes Aufsehen erregt hat. Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs hat attac nur in geringem Umfang Bildungsarbeit betrieben, sondern sich in erster Linie politisch betätigt; dem globalisierungskritischen Netzwerk wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt. Im Oktober 2019 entschied das Finanzamt Berlin, campact ebenfalls den Status der Gemeinnützigkeit abzuerkennen, weil die Kampagnenorganisation überwiegend allgemeinpolitisch tätig gewesen sei.

„Diese Entscheidung ist politisch das völlig falsche Signal. Auch menschenrechtspolitisches und humanistisches Engagement muss steuerlich anerkannt werden“, kommentiert Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, die Berliner Entscheidung. Der Paritätische spricht sich entsprechend eines Verbandsratsbeschlusses vom März 2019 für eine Änderung des Körperschaftsrechts aus, so dass auch Organisationen, die überwiegend der politischen Meinungs- und Willensbildung dienen, steuerbegünstigt tätig sein können. „Neben der klassischen Gemeinnützigkeit braucht es einen besonderen Status für Organisationen wie Attac, Campact und andere, die dem Gemeinwohl verpflichtet hunderttausende von Ehrenamtlichen für eine bessere Welt organisieren“, so Hesse.

„Internet für alle“ Aktion Mensch stärkt mit neuem Förderangebot digitale Teilhabe

Mit ihrem neuen Förderangebot „Internet für alle“ verstärkt die Aktion Mensch ihr Förder-Engagement im Bereich digitale Teilhabe.

Damit das Internet auch für Menschen mit Behinderung zugänglicher wird, finanziert die Förderorganisation ab sofort Investitionen für Hardware mit bis zu 5.000 Euro. Dazu gehören Anschaffungen wie Router, Computer, Tablets, Software und spezielle Ein- und Ausgabegeräte zur Herstellung von Barrierefreiheit. Ebenfalls gefördert werden auch Erstinstallationen sowie Service und Supportleistungen, die mit der Erstinstallation in Verbindung gebracht werden können. Bei diesem Angebot sind keine Eigenmittel notwendig.

Zusätzliche Gelder können für Bildungsangebote im Bereich Medienkompetenz beantragt werden: Bis zu 5.000 Euro gibt es zum Beispiel für Honorar- und Sachkosten, wenn etwa zusätzliches Personal oder die Bedienung von Technik benötigt wird.

Gut zu wissen: Wer eine Förderung für Investitionskosten und Bildungsangebote in diesem Bereich haben möchte, kann beides zusammen beantragen

und damit insgesamt bis zu 10.000 Euro erhalten.

Mit dem neuen Aktions-Förderangebot will die Aktion Mensch die Digitalisierung in den gemeinnützigen Projekten vorantreiben, damit auch Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche oder Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten selbstbestimmt an allen Lebensbereichen teilhaben können.

Die Aktion Mensch e.V. ist die größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland. In diesem Jahr feiert die Sozialorganisation ihr 55-jähriges Bestehen – seit mehr als einem halben Jahrhundert setzt sie sich dafür ein, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen zu verbessern und das selbstverständliche Miteinander in der Gesellschaft zu fördern. In dieser Zeit hat sie mehr als vier Milliarden Euro an soziale Projekte weitergegeben. Der Paritätische Gesamtverband ist Mitglied bei der Aktion Mensch.

Alle Informationen dazu finden Sie auf www.aktion-mensch.de

E-Scooter im Straßenverkehr: Schneider schreibt Scheuer

Nach zahlreichen Beschwerden von Mitgliedsorganisationen zur unhaltbaren Situation auf vielen Straßen durch E-Scooter und E-Roller hat Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider folgenden Brief an Verkehrsminister Andreas Scheuer geschrieben:

Betreff: Gefährdung durch Elektrofahräder und Elektroroller

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

seit der Zulassung von Elektrorollern für den Straßenverkehr ist die Situation für geh- und sehbehinderte Menschen im öffentlichen Raum in vielen Großstädten

geradezu unerträglich geworden. Täglich erreichen uns Klagen über zugeparkte Bürgersteige und achtlos hingeworfene Roller. Menschen mit Rollstühlen und Rollatoren, aber auch Familien mit Kinderwagen sind häufig genug gezwungen, auf die Straße auszuweichen. Für blinde Menschen mit Langstock stellen die im Wege stehenden oder liegenden Roller gefährliche Hindernisse dar.

Es darf nicht sein, dass die Nutzung der öffentlichen Gehwege für diese Personen zur Zumutung wird. Es ist sicherzustellen, dass die öffentliche Ordnung eingehalten wird und Elektrofahräder und Elektroroller nicht zu Hindernissen für die Fußgänger werden. Es handelt sich dabei nicht um eine Petitesse, sondern um die Frage von Barrieren und Barrierefreiheit und um den Umgang mit be-

hinderten Menschen in unseren öffentlichen Räumen. Da die betroffenen Kommunen derzeit offensichtlich nicht in der Lage sind, Abhilfe zu schaffen, appellieren wir an Sie, die Zulassung für diese Verkehrsmittel zurückzunehmen, bis die Kommunen vor Ort umsetzbare Lösungen zur Beherrschung der derzeit chaotischen Situation geschaffen haben.

*Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ulrich Schneider*



Verbandstag 2020

Was uns bewegt. Paritätische Ideenwerkstatt für das Gemeinwohl

Der Paritätische Verbandstag 2020 findet in bewegten Zeiten statt. Mehr denn je sind wir gefordert, Gemeinnützigkeit gegen Profitorientierung zu verteidigen, Solidarität statt Egoismus zu leben und die gesellschaftliche Teilhabe aller gegen Versuche der Ausgrenzung zu ermöglichen.

Welche Forderungen stellen wir in diesen Zeiten an die Politik? Mit dem Verbandstag starten wir die inhaltliche Vorbereitung für die Paritätische Kampagne zur nächsten Bundestagswahl. In einem fachübergreifenden, lösungsorientierten Austausch schärfen wir bestehende Forderungen und entwickeln neue Paritätische Ideen für das Gemeinwohl.

Datum: 23./24. April 2020

Ort: Potsdam

Anmeldung: VT20.paritaet.org
oder einfach diesen Code scannen:



Veranstaltungsrückblick

Fachtag: Das Recht auf Förderung der Entwicklung für alle Kinder und Jugendlichen: Wer braucht was - warum, wofür?

Ein Fachtag Anfang September widmete sich dem Beitrag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum Abbau von Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen. Der gesetzliche Auftrag in § 1 SGB VIII soll die individuelle und soziale Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen. Die Kinder- und Jugendhilfe hat dafür zu sorgen, dass sie auch in Bereichen wie den Frühen Hilfen, der Kindertagesbetreuung, den Hilfen zur Erziehung und der Familienhilfe nicht zusätzlich anderweitig entstandene Benachteiligungen zum Teil unwillentlich verstärkt.

Norbert Struck, Jugendhilfereferent des Paritätischen Gesamtverbandes in Ruhestand, rief ins Gedächtnis, was der grundlegende Auftrag des Kinder- und Jugendhilferechts sei und wie sich dieser im Laufe der Zeit gewandelt hat. Er verdeutlichte, dass sich § 1 Abs. 1 SGB VIII auf alle jungen Menschen bezieht – und nicht nur auf „jedes deutsche Kind“, wie es im früheren Jugendwohlfahrtsgesetz hieß. Die aktuelle Expertise des Paritätischen zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen („Verschlossene Türen“, August 2019) zeige eindringlich, dass diese Gesellschaft sich nicht auf

ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und sozialer Teilhabe für alle zubewegt, sondern dass sich Spaltungen vertiefen und Teilhaberesourcen für arme Familien weiter verknappen.

In die gleiche Kerbe schlug Dr. Kristin Teuber, Leiterin des SPI, SOS Kinderdorf e.V., mit ihrem Vortrag zur Aufrechterhaltung und Verstärkung von Benachteiligungen durch die Kinder- und Jugendhilfe selbst. Bildung sei entscheidend für die individuelle Entwicklung, die Lebensführung, den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Integration und Teilhabe an Gesellschaft. Dieser Rolle werde Bildung in der stationären Erziehungshilfe jedoch nicht immer gerecht. Sie konstatierte, dass Bildung in der stationären Erziehungshilfe unterthematized bleibe, vor allem da andere Problemlagen im Fokus stünden. Häufig seien brüchige Bildungsverläufe anzutreffen, nicht zuletzt wegen mehrerer Einrichtungswechsel. Zudem würden junge Menschen in der stationären Erziehungshilfe eher niedrigere Schultypen besuchen, häufiger die Schule ohne Abschluss verlassen und überdurchschnittlich oft Förderschulen besuchen.

Auch auf die Benachteiligung von sogenannten „Care-Leavern“ ging sie ein, junge Erwachsene, die sich am Übergang von öffentlicher Erziehung in ein

Der Paritätische Gesamtverband führt regelmäßig Fachveranstaltungen zu verschiedensten Themen der Wohlfahrt mit interessanten Referent*innen aus ganz Deutschland durch.

Alle Veranstaltungen des Paritätischen finden Sie unter www.paritaet.org

eigenständiges Leben befinden. Problematisch sei, dass Hilfen mitunter frühzeitig beendet werden, es an Rückkehroptionen und systematischen Formen der Nachbetreuung fehlt, häufig kein verlässlicher Rückhalt von Bezugspersonen zur Seite steht und junge Menschen an der Kostenheranziehung beteiligt werden.

In vier Workshops zu den Themen „LSBTIQ* Jugendliche in der Kinder- und Jugendhilfe, Frühe Hilfen / Familienhilfe, Kindertagesbetreuung und Hilfen zur Erziehung wurden aktuelle Entwicklungen vertiefend diskutiert.

Abschließend fasste Prof. Dr. Peter Schruth, a.D., vormals Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, die Entwicklungsbedarfe des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) zusammen und blickte auf die gegenwärtigen Bemühungen, das SGB VIII zu reformieren. Diese Reform sei ein einseitiger Beteiligungsprozess, ein postmodernes Einsammeln von Standpunkten der Fachwelt der Jugend- und medizinischen-psychiatrischen Eingliederungshilfe. Beteiligung im Sinne von Aushandlung sei das bislang nicht gewesen. Es braucht deshalb eine jugendhilfegemäße Haltung und eine einmischende Durchsetzungshilfe dafür, dass junge Menschen sich nach ihren Vorstellungen bei allen Widrigkeiten und Scheiternserlebnissen gleichwohl menschenwürdig entwickeln können.

Niels Espenhorst ist Referent für Kindertageseinrichtungen / Tagespflege beim Paritätischen Gesamtverband

Dr. Kristin Teuber vom SOS Kinderdorf referiert im Monbijou-Center auf der Fachtagung am 4. September 2019



Wie sicher darf es sein? Wenn Verhütung zur Frage des Geldbeutels wird: Paritätisches Fachgespräch zur Kostenfreiheit von Verhütungsmitteln

Studien zeigen, dass Menschen ihr Verhütungsverhalten ändern, wenn das Geld knapp ist. Bei der Entscheidung für eine Verhütungsmethode sollten jedoch für alle Menschen nicht allein die Kosten, sondern Verträglichkeit und Sicherheit die entscheidenden Kriterien bei der Auswahl sein. Unter dem Motto „Wie sicher darf es sein? Wenn Verhütung zur Frage des Geldbeutels wird“ hat der Paritätische Gesamtverband in Kooperation mit dem Bundesverband von pro familia am 11. September 2019 in Berlin ein politisches Fachgespräch durchgeführt. In der Veranstaltung wurde eine zutiefst menschenrechtliche Problematik diskutiert: Menschen mit geringem Einkommen oder im Transferleistungsbezug können sich Verhütung oftmals nicht leisten. Seit der Einführung von Hartz IV müssen ärztlich verordnete Verhütungsmittel über den Regelsatz monatlich mitfinanziert werden. Nur vereinzelt haben Kommunen eine Kompensationslösung mit speziellen Fonds eingerichtet, um den Bedarf entsprechend nachzukommen – allerdings nur bis diese Fonds erschöpft sind. Es hängt aktuell vom Wohnort ab, ob Menschen diese freiwilligen Leistungen erhalten. Eine bundesweit einheitliche Lösung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln – und damit ein Rechtsanspruch – besteht derzeit nicht. Zwei



Die Referent*innen am 23. September: (v.l.n.r.): Dr. Bernhard Gibis (Kassenärztliche Vereinigung), Nicolas Basse (Björn-Steiger-Stiftung), Carola Petri und Guenther Huhle (Corevas), Dirk Heidenblut (MdB) Verena Holtz und Joachim Hagelskamp (Paritätischer Gesamtverband).

entsprechende Gesetzesinitiativen der Grünen und der Linken scheiterten Anfang des Jahres. Neben Fachvorträgen stand eine Diskussion mit Bundestagsabgeordneten zur möglichen Kostenfreiheit von Verhütungsmitteln auf dem Programm. Vertreten waren Abgeordnete der Fraktionen von SPD, FDP, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen. Mit ihnen gemeinsam diskutierten rund 50 Fachleute aus Ärzteschaft, Gesundheitsverwaltung, Bundesfamilienministerium, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, was nun zu tun ist. Der Paritätische Gesamtverband fordert grundsätzlich kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen. Der pro familia Bundesverband spricht sich in seiner Offenbacher Erklärung darüber hinaus für einen Zugang für alle Menschen über die Krankenkassen aus.

Katrin Frank ist Referentin für Familienhilfe/-politik, Frauen und Frühe Hilfen beim Paritätischen Gesamtverband

Fachgespräch: Chancen der Digitalisierung in der Notfallversorgung nutzen!

Notruf per Chat? Die 112 ist allseits bekannt. Was aber, wenn ein Anruf im Notfall nicht möglich ist? Gibt es andere Wege einen Notruf abzusetzen? Zurzeit ist dies in Deutschland in der Regel per Fax, SMS oder App über Gebärdensprache möglich. Wer seinen Notruf per Chat absetzen möchte, hat bislang nur in einigen Landkreisen die Möglichkeit dazu. In einem Fachgespräch diskutierten am 23. September Expert*innen über aktuelle Entwicklungen zum barrierefreien Notruf. Was ist zeitgemäß? Was benötigen Hilfesuchende in der Praxis? Was ist erforderlich, damit innovative digitale Angebote im Bereich des Rettungswesens in der Fläche ankommen? Und vor allem: Bietet das neue „Digitale Versorgungs-Gesetz“ eine gute Grundlage, um bestehende Hürden zu überwinden? Die Diskutant*innen bewerteten dies skeptisch. Der Bundestagsabgeordnete Dirk Heidenblut machte deutlich, dass voraussichtlich eine gesetzliche Regelung für ein kassenübergreifendes Vorgehen notwendig sei. Einig war man sich, dass ein Datenaustausch zwischen Leitstellen, ärztlichem Bereitschaftsdienst und Leistungsanbietern, wie Krankenhäusern, erforderlich ist. Anlass des Fachgesprächs waren aktuelle Pläne des Bundesgesundheitsministeriums, die Notfallversorgung zu reformieren.

Verena Holtz ist Referentin für Gesundheit, Prävention, Rehabilitation und Bevölkerungsschutz beim Paritätischen Gesamtverband



Debatte der Mitglieder des Deutschen Bundestages (v.l.n.r.): Josephine Ortleb, Cornelia Möhring, Wieland Schinnenburg und Maria Klein-Schmeink.

Einkaufsvorteile nutzen!

Details zu unseren 160 Rahmenvertrags-Partnern, bei denen Sie Rabatte erhalten, finden Sie im Einkaufsportale unter www.der-paritaetische.de/einkauf

Folgende **neue Partner** bieten Ihnen ab sofort Sonderkonditionen an:

- Mit der **Paritätischen Mastercard** können Sie Ihren Mitarbeitern 44 € steuer- und sozialversicherungsfrei zukommen lassen. **Confera Consulting** berät Sie bei dieser innovativen Vergütung und betreut die Verwaltung. Eine individuelle Gestaltung der Karte für Ihre Einrichtung ist möglich.
- Als Systemhaus bietet **eitie** eine speziell für Alten- und Pflegeheime angepasste EDV-Plattform. Wahlweise als klassische Server- oder als moderne Cloud-Lösung mit zwei eigenen Rechenzentren in Deutschland.
- Oft wird nicht bedacht, wie viel Zeit die Reinigung von Arbeitskleidung eines ganzen Teams in Anspruch nimmt. **MEWA** nimmt Ihnen diese lange Erledigungsliste zum Thema Berufskleidung ab.

- **Phonexx** - die Absorber für Wand und Decke der BPE Dr. Wiesinger GmbH sorgen für eine gute und gesunde Raumakustik und sind damit ein aktiver Beitrag zum Gesundheitsschutz. Die hochwertigen Akustiklösungen haben das oekotex 100 Label.

Mitarbeiter Vorteile (privat) erhalten Sie ab sofort auch bei:

- Die **Berge & Meer** Reisewelt bietet eine Vielfalt aus mehr als 1.000 Reisen in über 140 Länder an. Durch unsere Kooperation erhalten Mitarbeitende 8 % Rabatt.
- In unserer geschlossenen Facebook-Gruppe „**Parität exklusiv – Rahmenverträge**“ geben wir Tipps rund um die Themen unserer Partner, informieren über Mitarbeiter Vorteile, machen Gewinnspiele und vieles mehr. Zudem soll uns die Gruppe als Austauschplattform dienen.

Für Rückfragen stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth unter einkauf@paritaet.org gerne zur Verfügung. Sie finden uns nun auch auf Instagram: [instagram.com/pari_spar](https://www.instagram.com/pari_spar)



memo AG – Partner für umweltbewusste Beschaffung

Die **memo AG** ist ein Versandhandel mit rund 20.000 Alltagsprodukten, die gezielt nach ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien ausgewählt sind. Nachhaltigkeitsaspekte:

- Ganzheitlich nachhaltige Unternehmensphilosophie
- Umfassender Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz in allen Bereichen
- Umwelt- und sozialverträgliches Sortiment
- Alle Druckerzeugnisse aus 100 % Recyclingpapier mit Blauem Engel
- Klimaneutraler Versand
- Mehrweg-Versandssystem „memo Box“
- Rücknahme von ge- und verbrauchten Produkten mit der memo „Wertstoff-Box“
- Bezug von 100 % Ökostrom

Detaillierte Informationen finden Sie in unserem Einkaufsportale sowie unter: www.memo.de/der-paritaetische

Einkaufsbeutel gewinnen!

Plastikbeutel sind zuletzt ziemlich in Verruf geraten. Zurecht! Zwei Milliarden Plastiktüten werden pro Jahr allein in Deutschland benutzt und oft nach kurzem Gebrauch weggeworfen. Oft landen sie in Wäldern und oder in Gewässern und bleiben dort auch erst einmal. Schlimmstenfalls ein paar 100 Jahre.

Viele nutzen beim Einkauf bereits Papier- oder (noch besser) Stoffbeutel. Doch was ist mit dem Obst- und Gemüsekauf? Hier greift man oft zwangsläufig zu den sog. „Hemdchenbeuteln“,

die an der Obst- und Gemüse theke aufgerollt sind.

Doch auch hier gibt es jetzt die Alternative aus 100 Prozent Bio-Baumwolle mit einem tollen Motiv. Der Clou: Der Beutel hat auf der Rückseite ein Gitternetz, damit der oder die Kassierer*in sehen kann, was drin ist.

Möchten Sie einen unserer Beutel für Ihren nächsten Obsteinkauf haben? Dann schreiben Sie uns eine E-Mail an redaktion@paritaet.org mit dem Betreff „Rahmenvertrag“ und mit etwas Glück bekommen Sie einen von fünf Einkaufsbeuteln!



Neues vom Digitalprojekt



Im Herbst 2019 geht unser Digitalisierungsprojekt noch einmal richtig in die Offensive! Um auch offline für die Plattform www.wir-sind-paritaet.de zu werben, trafen sich zahlreiche Mitarbeiter*innen des Paritätischen Gesamtverbandes an einem sonnigen Herbstfreitag zu einem großen Foto-shooting.

Im Ergebnis sollen zahlreiche Werbematerialien gedruckt und in der Mitgliedschaft verteilt werden. **Wer Material bestellen möchte, kann sich an digikom@paritaet.org wenden.**

Alles, was an Knowhow zu digitaler Kommunikation und Kooperation braucht, Tipps und Tricks zum sicheren Umgang mit sozialen Medien, Handreichungen, Webinare und mehr – das soll unser neuer Paritätischer „Webzeugkoffer“ enthalten. der-paritaetische.de/webzeugkoffer

Bildnachweise

Titelseite: Bild von WikiImages auf Pixabay/Eigene Bearbeitung
Seite 5 unten: Paritätischer Wohlfahrtsverband Brandenburg
Seiten 6 und 7: Annabell Fugmann
Seite 11: Thomas Plaßmann

Seite 14 und 15: bikeyees/ Christoph_Fugel
Seite 20: Bild von Marion Wunder auf Pixabay
Seite 22 unten: typogretel - photocase.com
Seite 26: Integrationsbeauftragte/Giovanazzi (oben)/Inge Niemeyer (unten)

Seite 34 oben: tunedin - Fotolia.com/ Icon
Alle hier nicht aufgeführten Bilder sind entweder privat zur Verfügung gestellt oder die Bildrechte liegen beim Paritätischen Gesamtverband.

Impressum



Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
Facebook: www.facebook.com/paritaet/
Twitter: @Paritaet
Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)
E-Mail: redaktion@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Gwendolyn Stilling (Leitung),
Tel.: 030/24636-305
Philipp Meinert,
Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:
Brandenburg: Andreas Kaczynski,
Tel.: 0331/28497-0
Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,
Tel.: 069/95526220
Mecklenburg-Vorpommern:
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-200
Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:
MD Medien Dienste GmbH
Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr



Wohlfahrtsmarken helfen.



WEIHNACHTSMARKE 2019
www.wohlfahrtsmarken.paritaet.org

